



The European Elections from the Inside

**Wahlbericht des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung
zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019**

Der Wahlbericht „European Elections from the Inside“ stellt die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 aus einer europäischen und nationalen Perspektive dar. Gemeinsam mit den Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde zu jedem der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) eine kompakte Übersicht erstellt, welche die Resultate in den jeweiligen Ländern vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen analysiert. Die Berichtsreihe leistet damit einen maßgeblichen Beitrag zu einem tiefergehenden Verständnis des Gesamtergebnisses der Europawahl 2019.



Die Fraktionen im Europäischen Parlament der Legislaturperiode 2014 – 19

› Europäische Volkspartei (EVP)

1976 gegründet. Größte Fraktion während der Legislaturperiode 2014-19. Vereint Christdemokraten, Konservative und politische Kräfte der Mitte. Steht für ein vereintes Europa.

Exemplarische Mitglieder: CDU und CSU, CDA (Niederlande), Kristdemokraterna (Schweden)

› Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D)

Existiert unter heutigem Namen seit 2009. Mitte-Links Bündnis steht für eine integrative europäische Gesellschaft, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität beruht.

Exemplarische Mitglieder: SPD, Parti Socialiste (Belgien), Sozialdemokratische Partei Österreichs, Partidul Social Democrat (Rumänien)

› Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)

Besteht seit 2004. Steht für eine liberale Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Exemplarische Mitglieder: FDP, Venstre (Dänemark), Mouvement démocrate (Frankreich), Liberal Democrats (Vereinigtes Königreich)

› Die Grünen / Freie Europäische Allianz (Grüne)

1984 erstmals ins Parlament eingezogen. Setzt sich für ein starkes Europa in den Bereichen Umweltschutz, Frieden, soziale Gerechtigkeit und für gerechte Globalisierung ein.

Exemplarische Mitglieder: Bündnis 90/Die Grünen, Déi Gréng (Luxemburg), Ecolo (Belgien)

› Europäische Konservative und Reformer (EKR)

2009 gegründet. Kritisch gegenüber tieferer EU Integration. Die Union muss Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten legen und funktionsfähiger werden.

Exemplarische Mitglieder: Prawo i Sprawiedliwość (Polen), Schwedendemokraten, Conservative Party (Vereinigtes Königreich)

› Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)

2004 gegründet. Umfasst Parteien des EU-skeptischen Spektrums. Tritt für eine offene und verantwortliche Zusammenarbeit zwischen souveränen europäischen Staaten ein.

Exemplarische Mitglieder: AfD, Les Patriotes (Frankreich), MoVimento 5 Stelle (Italien)

› Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)

2015 gegründet. Mitglieder als rechtspopulistisch und rechtsextrem charakterisiert. Stellt sich gegen Europäische Integration; Schwerpunkt auf nationaler Kompetenz und Identität. **Exemplarische**

Mitglieder: Rassemblement National (Frankreich), Lega Nord (Italien), Partij voor de Vrijheid (Niederlande), Freiheitliche Partei Österreichs

› Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Besteht seit 1994. Im politischen Spektrum links, teils EU-skeptisch verortet. Ein Neustart für Europa basierend auf Solidarität, Gleichheit, Freiheit erforderlich.

Exemplarische Mitglieder: Die Linke, Syriza (Griechenland), Sinn Féin (Irland), Podemos (Spanien)

› Unabhängige Abgeordnete und Einzelvertreter von Parteien





Juni 2019

Bericht

Europabüro Brüssel

Europa-Befürworter gewinnen Europawahlen 2019

Wahlen zum 09. Europäischen Parlament, Mai 2019

Dr. Hardy Ostry, Mathias Koch

Aus den Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 geht ein heterogeneres Parlament hervor, in dem jedoch pro-europäische Parteien der Mitte weiterhin über eine große Mehrheit verfügen. Europagegner machen in einigen Mitgliedstaaten teils deutliche Fortschritte, können ihre Position aber global betrachtet nicht nennenswert stärken. Erstmals in der Geschichte der Wahlen zum Europäischen Parlament steigt die Wahlbeteiligung.

Ergebnisse der Europawahl

Nach der Wahl zum neunten Europäischen Parlament stellen Parteien der Mitte weiterhin die größten Fraktionen: Die Europäische Volkspartei (EVP) bildet mit 179 Mandaten (entspricht 23,9 Prozent der Mandate) die größte Fraktion, gefolgt von der sozialdemokratischen S&D (153 Mandate; 20,4 Prozent), der liberalen ALDE (106 Mandate; 14,1 Prozent) und den Grünen (74 Mandate; 9,9 Prozent). Das Parlament hat eine Gesamtgröße von 751 Abgeordneten, sodass eine Mehrheitskoalition auf mindestens 376 Sitze kommen muss.

Beide großen politischen Gruppen verlieren Sitze im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode (EVP -37 Abgeordnete; S&D -32 Abgeordnete). Erreichten die beiden Gruppen bei der Europawahl 1999 gemeinsam zwei Drittel der Mandate, liegt ihr gemeinsames Resultat nun bei nur noch 42

Prozent. Die traditionelle Aufteilung der politischen Macht im Parlament zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten geht weiter zurück.

Das neue Parlament ist somit heterogener, und für erfolgreiche Gesetzgebung werden breitere Mehrheiten als bisher nötig sein. Neben den beiden stärksten Gruppen, an denen rechnerisch kein Weg vorbei führt, werden besonders die Liberalen und die Grünen eine wichtige Rolle spielen müssen.

Die Wahlbeteiligung stieg erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments an und lag bei 51,0 Prozent (2014: 42,6 Prozent). Besonders in Deutschland, Spanien, Österreich, Tschechien, Polen und Rumänien gaben deutlich mehr Menschen ihre Stimme ab als bei der vorhergehenden Wahl.

Europaskeptische und europafeindliche Parteien haben in einigen Ländern teils deutliche Zugewinne gemacht. Europaweit haben diese Parteien aber weniger stark hinzugewonnen, als dies im Vorfeld der Wahl von Beobachtern prognostiziert wurde. Vor allem die italienische Lega gewinnt massiv und wird künftig 28 Europaabgeordnete stellen (aktuell 6). Die polnische PiS baut ihr bereits starkes Ergebnis aus und schickt 27 Abgeordnete nach Brüssel. Auch in Belgien, Schweden, Estland und Tschechien gewinnen Parteien aus dem europakritischen Spektrum. In Frankreich bleibt

der Rassemblement National (RN) mit 22 Sitzen unverändert stark. Auch die deutsche AfD und die österreichische FPÖ halten ihre Ergebnisse weitgehend konstant.

Die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an den Wahlen führt zu einer Sondersituation. Das Vereinigte Königreich befindet sich in einem Austrittsprozess, der ursprünglich vor den Wahlen hätte abgeschlossen werden sollen. Aufgrund schwerer innenpolitischer Verwerfungen konnte der Austritt jedoch nicht planmäßig vollzogen werden, und das Vereinigte Königreich war als noch-Mitglied dazu verpflichtet, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Die britischen Wähler fügten der regierenden konservativen Partei eine schwere Wahlniederlage zu. Mit über 30 Prozent der Stimmen wurde die Brexit-Partei klar stärkste Kraft. Sie ist aus wesentlichen Teilen der UKIP hervorgegangen, einer Partei, die maßgeblich zur Herbeiführung und zum positiven Ausgang des Brexit-Referendums beigetragen hat.

Die 73 gewählten britischen Abgeordneten erhalten ihr Mandat jedoch nur bis zum britischen Austritt. Anschließend ist eine Verkleinerung des Parlaments auf 705 Sitze geplant, wobei die übrigen freiwerdenden Sitze zum Teil auf aktuell unterrepräsentierte Mitgliedstaaten verteilt werden. Zum Brexit-Tag würde sich das Parlament somit noch einmal wesentlich verändern: Neben dem Wegfall der Brexit-Partei verlören insbesondere Sozialdemokraten, Liberale und Grüne die im Vereinigten Königreich gewonnen Mandate. Die EVP, die keine Mitgliedspartei im Vereinigten Königreich hat, gewinnt jedoch durch die Umverteilung der Sitze einige Mandate hinzu.

Bildung der Fraktionen im Europaparlament

Bis zur konstituierenden Sitzung des Parlaments geht es nun zunächst um die Frage, in welchen Fraktionen sich die gewählten Abgeordneten zusammenschließen. Eine Fraktion muss mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten umfassen. Den Fraktionen kommt eine wichtige Rolle bei der Besetzung von Ausschussvorsitzenden und anderen Posten zu. Traditionell fluktuiert die Anzahl der Fraktionen zwischen sieben und zehn.

In Erwartung deutlicher Zugewinne der Europakritiker wurde die Möglichkeit diskutiert, die aktuell in mehreren Fraktionen konstituierten Parteien dieses Lagers könnten sich in einer Fraktion zusammenschließen. Als Wortführer der Europakritiker hat sich Matteo Salvini hervorgetan, Vorsitzender der italienischen Lega. Einen Monat vor der Wahl gründete Salvini eine neue politische Gruppe, die Europäische Allianz der Völker und Nationen (EAPN). Bisher haben 15 europäische Parteien ihre Intention erklärt, der Allianz beizutreten, darunter der französische RN, die deutsche AfD, die österreichische FPÖ und der belgische Vlaams Belang. Insgesamt kommen die Parteien, die sich als EAPN formieren wollen, auf 73 Mandate im neu gewählten Parlament. Die EAPN wäre somit nahezu gleich groß wie die Fraktion der Grünen.

Die polnische PiS und die britische Brexit-Party werden sich dagegen nicht an Salvinis Allianz beteiligen. Eine Zusammenarbeit mit dem RN schließen beide Parteien wegen dessen langjähriger Geschichte im rechts-extremen Bereich aus. Auch andere Bruchlinien zeichnen das eurokritische Milieu aus: Während Parteien wie der RN, die FPÖ und die AfD den Austausch mit Russland suchen und teilweise von dort unterstützt werden, sieht die PiS in Russland einen Gegenspie-

ler. Auch in der Frage der Haushaltsdisziplin gibt es Unterschiede zwischen Lega und den übrigen Parteien.

Auf Seiten der pro-europäischen Mehrheit ist vor allem der Einzug der französischen La République en Marche (LREM), der Partei des französischen Präsidenten Macrons, eine wesentliche Neuheit. Nach Monaten der Spekulation erklärte Macron, er wolle mit seiner Partei einer neugegründeten liberalen Fraktion beitreten. Seitens der EVP herrscht Unklarheit über den Verbleib der ungarischen Fidesz. Aufgrund der teils scharfen Rhetorik des ungarischen Premierministers Viktor Orbán gegen die EU und ihre Vertreter ist das Verhältnis zur europäischen Parteifamilie seit längerem ein schwieriges. Vor der Wahl einigten sich Fidesz und EVP, die Mitgliedschaft der ungarischen Regierungspartei zunächst zu suspendieren. Nach der Wahl schafften sich offizielle Stimmen aus Budapest Gehör, demnach Fidesz in der EVP bleiben wolle.

Besetzung wichtiger Ämter

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bilden den Ausgangspunkt für die Neubesetzung der EU-Spitzenpositionen. Neben einem neuen Kommissionspräsidenten (aktuell Jean-Claude Juncker), dem Amt, über das aktuell besonders diskutiert wird, braucht die EU bis Ende des Jahres zudem einen neuen Präsidenten des Europäischen Parlamentes (aktuell Antonio Tajani), einen neuen Präsidenten des Europäischen Rates (aktuell Donald Tusk), sowie einen neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (aktuell Mario Draghi). Auch das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik (aktuell Federica Mogherini) ist begehrt und wird zwischen den Mitgliedstaaten umstritten sein.

Vor der Wahl hatten mehrere Parteifamilien Spitzenkandidaten nominiert, die im Falle eines Wahlsieges zum Kommissionspräsi-

denten gewählt werden sollen. Dieser Spitzenkandidaten-Prozess ist jedoch hoch umstritten. Nach den EU-Verträgen obliegt es dem Europäischen Rat, unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses einen Kommissionspräsidenten vorzuschlagen, der anschließend im Parlament mit Mehrheit gewählt wird. Die wichtigsten politischen Gruppen wiederum haben klar zu erkennen gegeben haben, dass für sie nur die nominierten Spitzenkandidaten in Frage kommen.

Der Spitzenkandidat der EVP, Manfred Weber, geht gestärkt aus dem Wahlgang hervor. Er genießt die Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und einiger weiterer Regierungschefs. Die EVP betont, dass durch die Wahl Webers, des langjährigen Fraktionsvorsitzenden, erstmals eine Person aus dem Parlament zum Kommissionspräsidenten gewählt und so die demokratische Legitimität der EU gestärkt würde. Regierungschefs anderer Parteien, vor allem Emmanuel Macron, sehen Webers Kandidatur kritisch.

Bei einem informellen Treffen des Europäischen Rates zwei Tage nach der Wahl wurde das weitere Vorgehen diskutiert. Ratspräsident Tusk betonte dabei die Notwendigkeit, bei der Besetzung der Positionen einen Ausgleich nach Partei, Herkunft, Demografie und Gender herbeizuführen. Besonders letzter Punkt fand breite Zustimmung: Ziel ist somit klar, zumindest zwei der wichtigsten Ämter mit einer Frau zu besetzen.

Eine aussichtsreiche Kandidatin ist Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, deren Partei der ALDE-Familie angehört. Vestager war jedoch keine Spitzenkandidatin im engeren Sinne, sondern nur als Team von der ALDE-Partei nominiert. Indem sie keinen einzelnen Spitzenkandidaten aufstellte, versuchte ALDE das Spitzenkandidaten-System zu unterminieren. Erst in den Tagen nach der Wahl erklärte Vestager

öffentlich, dass sie für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Verfügung stehe.

schen schen den EU-Institutionen soll in jedem Fall verhindert werden.

Wie die komplexe Verhandlung über die Besetzung der Positionen ausgeht, ist aktuell offen. Auf Seiten des Parlaments arbeiten die Vertreter der großen Fraktionen an einer Mehrheit, die einen gemeinsamen Spitzenkandidaten stützen soll. Seitens des Europäischen Rates ist Donald Tusk damit beauftragt, die Lage in Einzelgesprächen mit den Regierungschefs zu sondieren.

Einigkeit herrscht aktuell in zumindest einem Punkt: Eine offene Konfrontation zwi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)



Belgien



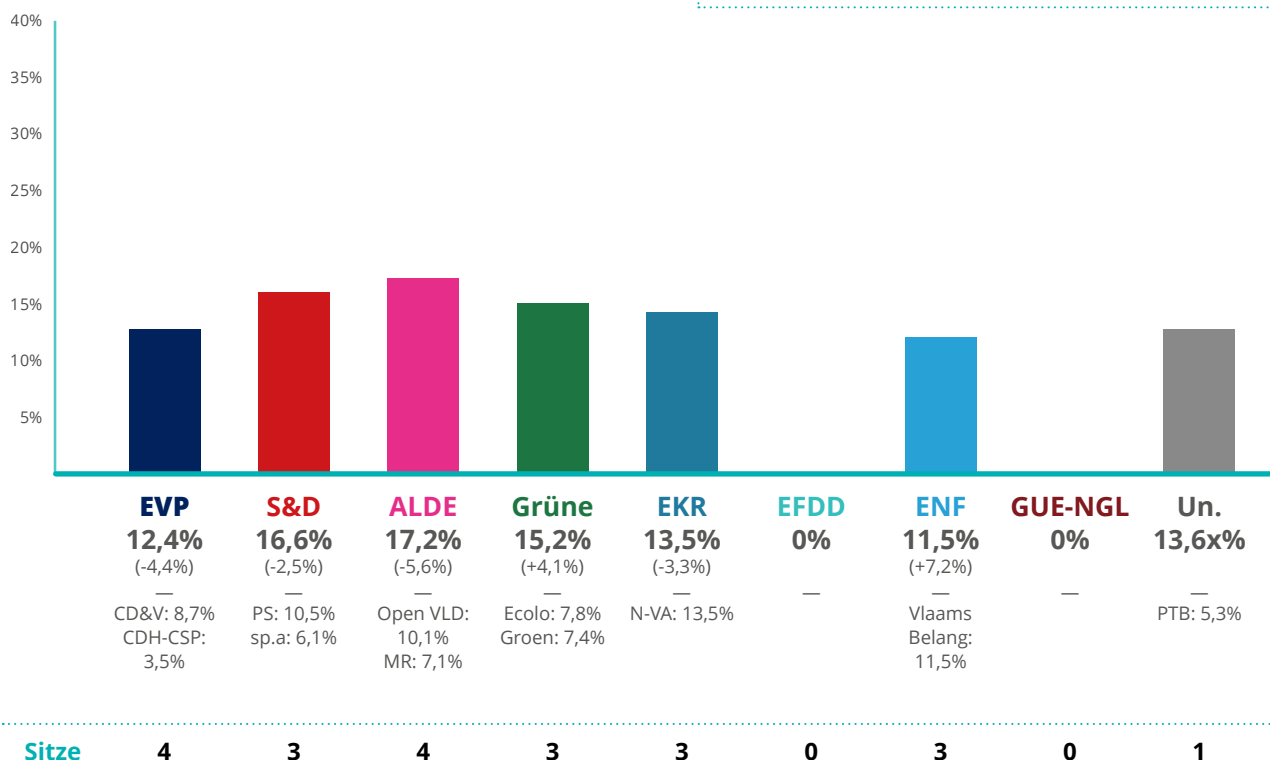
21 Sitze

Sperrklausel: keine



89%

(Wahlpflicht)



Stärkste Partei

Die N-VA (Nieuw-Vlaamse Alliantie) ist eine konservative, separatistische Partei aus dem flämischen Landesteil. Sie besteht seit 2001 und setzt sich für die Unabhängigkeit Flanderns in einem Europa der starken Regionen ein.

Bei den Föderalwahlen in den Jahren 2010 und 2014 war die N-VA jeweils deutlich die stärkste Kraft. 2014 gelang es ihr jedoch nicht, eine von ihr geführte Regierungskoalition zu schmieden.



Erwähnenswerte Partei

Die flämische Partei Vlaams Belang ist die direkte Nachfolgerin des 2004 aufgelösten Vlaams Block, einer rechtsextremen und separatistischen Partei, die bei ihrer Auflösung von bis zu einem Viertel der flämischen Bevölkerung unterstützt wurde. Während sich die neu gegründete Partei nach außen hin mäßigte, verlor sie über Jahre hinweg an Zustimmung. Bei den Kommunalwahlen 2018 gewann sie erstmals wieder an Stimmen.

Spitzenkandidaten



Geert Bourgeois
NVA



Guy Verhofstadt
Open VLD



Kris Peeters
CD&V



Wahlentscheidende Entwicklungen

Im Dezember 2018 endete die belgische Regierungskoalition, nachdem sich die größte Partei (N-VA) zurückzog. Die N-VA lehnte es ab, dass Premierminister Michel (MR) den UN-Migrationspakt unterzeichnete. Seitdem regiert Michel in einer Minderheitsregierung.

Gleichzeitig mit der Europawahl fanden in Belgien die Föderalwahlen und die wichtigen Regionalwahlen statt. Auch im traditionell pro-europäischen Belgien dominierten diese beiden Wahlen die öffentliche Aufmerksamkeit.

Thematisch ging es im Wahlkampf vor allem um Migration und Klimaschutz. Die N-VA musste als Regierungspartei ihre separatistischen Bestrebungen mäßigen und konzentrierte sich zunehmend auf Migration. Im Bereich Klimaschutz scheiterte zuletzt eine Verfassungsreform, die der Zentralregierung mehr Kompetenzen gegeben hätte. Aktuell ist der Klimaschutz Aufgabe der Regionen.



Presse- Reaktionen

„Flandern hat einen Fleck auf der dunklen Karte Europas hinzugefügt.“
- Le Soir

„Das Paradox des 26. Mai: Flandern prosperiert wie nie zuvor, aber der Flame ist wütend und hat Angst.“
- De Standaard

„Das ist ein schwarzer Sonntag. Wieder einer. 1991, 2004 und 2019 - die Geschichte wiederholt sich.“ - La Libre

KAS-Analyse

Belgien hat einen besonderen Wahlsonntag erlebt: Angesichts der Ergebnisse auf nationaler und regionaler Ebene verschwanden die Europawahlen fast völlig aus dem Fokus der nationalen Aufmerksamkeit. Dem Land, einem Gründungsmitglied der EU, in dem eine Mehrheit der europäischen Institutionen ihren Sitz hat, stehen wieder einmal politisch unsichere Zeiten bevor – das ist am Ende eine vielleicht bedeutendere Nachricht als die Verteilung der 21 belgischen Sitze im EU-Parlament.

Die vier Parteien, die bis Dezember 2018 die Regierung stellten, verlieren in den Nationalwahlen zusammen über zehn Prozent der Stimmen und verfügen über keine Mehrheit mehr. Ohnehin war es unklar, ob noch einmal eine solche Koalition zustande kommen würde. Als deutlich größte Partei wird jedoch zumindest an der N-VA weiterhin kein Weg vorbeiführen.

Das Wiedererstarken des rechtsextremen Vlaams Belang in Flandern war für viele Anlass zur Sorge, sowohl um die institutionelle Stabilität des Landes als auch um seine internationale Reputation.

Insgesamt weichen die Wahlergebnisse auf nationaler und europäischer Ebene kaum voneinander ab – ein Hinweis, dass sich die Wähler bei der Stimmabgabe für das EU-Parlament stark von nationalen Überlegungen haben leiten lassen.



Bulgarien

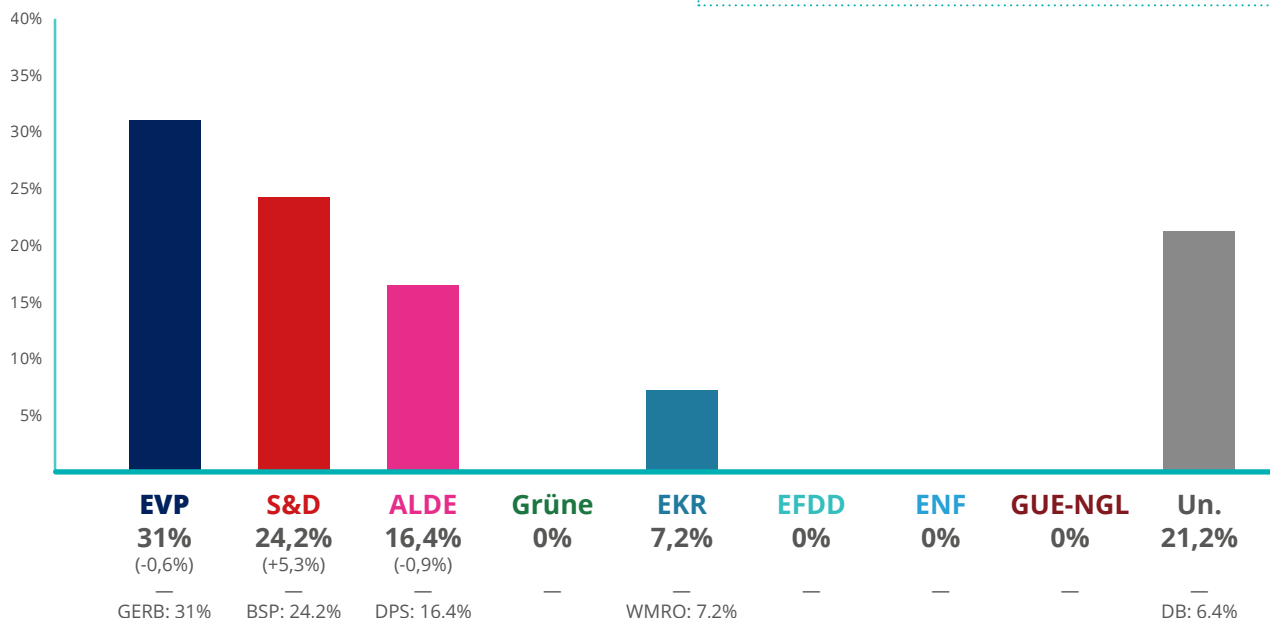


17 Sitze

Sperrklausel: 0%



31%



Sitze

6

5

3

0

2

0

0

0

1



Stärkste Partei

Die GERB ist eine pro-europäische, bürgerliche Partei. Sie regiert in Bulgarien seit 2009 mit einer kurzen Unterbrechung.

GERB ist EVP-Mitglied und war bisher mit 6 Sitzen im EU-Parlament vertreten. Sie ist sehr stark vertreten auf kommunaler Ebene.



Erwähnenswerte Partei

Die WMRO ist eine rechtskonservative, national-populistische Partei, die bei dieser Wahl ohne Partner antrat und dennoch zwei Mandate erringen konnte.

Sie ist EKR-Mitglied und Teil der Regierungskoalition in Bulgarien. Historisch bedingt besitzt die Partei enge Verbindungen ins heutige Nordmazedonien. Mit der dortigen Oppositionspartei VMRO-DPMNE teilt sie ihre Wurzeln.

Spitzenkandidaten



Maria Gabriel
GERB



Elena Jontschewa
BSP



Mustafa Karadaja
DPS



Wahlentscheidende Entwicklungen

Das in Bulgarien zuletzt vorherrschende politische Thema war das sogenannte „Apartment-Gate“. Es wurde bekannt, dass mehrere führende GERB-Politiker Luxuswohnungen von einer der großen Immobilienfirmen des Landes weit unterhalb des Marktwertes erworben haben, was zu mehreren Rücktritten in der Regierung und einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung führte.

Ob die erhobenen Vorwürfe strafrechtlich überhaupt relevant sind, ist fraglich, aber der politische Schaden für GERB ist groß. In einem Land, in dem viele Menschen in bescheidenen (Wohn)verhältnissen leben, sind die erhobenen Vorwürfe emotional stark belastet, und viele bisherige Wähler von GERB zeigten sich enttäuscht. Nachdem GERB zunächst in den Umfragen lange führte, konnte die BSP immer stärker aufholen.



Presse- Reaktionen

„BSP schwankt zwischen Niederlage und Verantwortung“

- Tageszeitung „Standart“

„Wahlen in Bulgarien: Triumph für GERB. GERB bleibt erste politische Kraft in Bulgarien nach den Europawahlen. Die Regierungspartei von Premierminister Boyko Borisov übertrifft die BSP um etwa 5%. Fünf Parteien werden ihre Vertreter in das Europaparlament entsenden.“

- Deutsche Welle, Bulgarische Redaktion

„Ein unerwarteter Sieg für GERB und eine Niederlage für die BSP sind die wichtigsten Signale, die Bulgarien mit den Ergebnissen der Europawahlen aussendet. Trotz der Wahlkampfskandale haben die proeuropäischen Parteien ein gutes Ergebnis erzielt.“

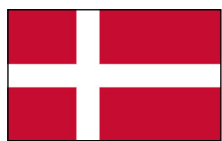
- Internet-Tageszeitung Dnevnik

KAS-Analyse

Wochenlang hatten die Demoskopien bei der Europawahl in Bulgarien ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Regierungspartei GERB („Bürger für die europäische Entwicklung Bulgariens“, EVP-Mitglied) und der BSP (Bulgarische Sozialistische (vormals Kommunistische) Partei, PES-Mitglied) vorhergesagt, aber am Ende hatte GERB doch deutlich die Nase vorn.

GERB hat Wahl „auf den letzten Metern“ für sich entschieden. Die Affäre „Apartment-Gate“ hatte zahlreiche Rücktritte prominenter GERB-Politiker ausgelöst. Dies hatte zu einer Verunsicherung der GERB-Anhängerschaft geführt und die Partei befürchtete, bei der Wahl abgestraft zu werden. Wichtige Unterstützung erhielt die Partei vom EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber, der auf einer Großkundgebung in Sofia vor mehreren tausend Menschen sprach.

Für die BSP bedeutet das Ergebnis eine herbe Enttäuschung. Zwar verzeichnete sie im Vergleich zur letzten Europawahl deutliche Gewinne, aber sie blieb unter ihrem Ergebnis bei der letzten Parlamentswahl (27,93%) und deutlich unter den ihr von den Meinungsforschern vorhergesagten 31–32%.



Dänemark

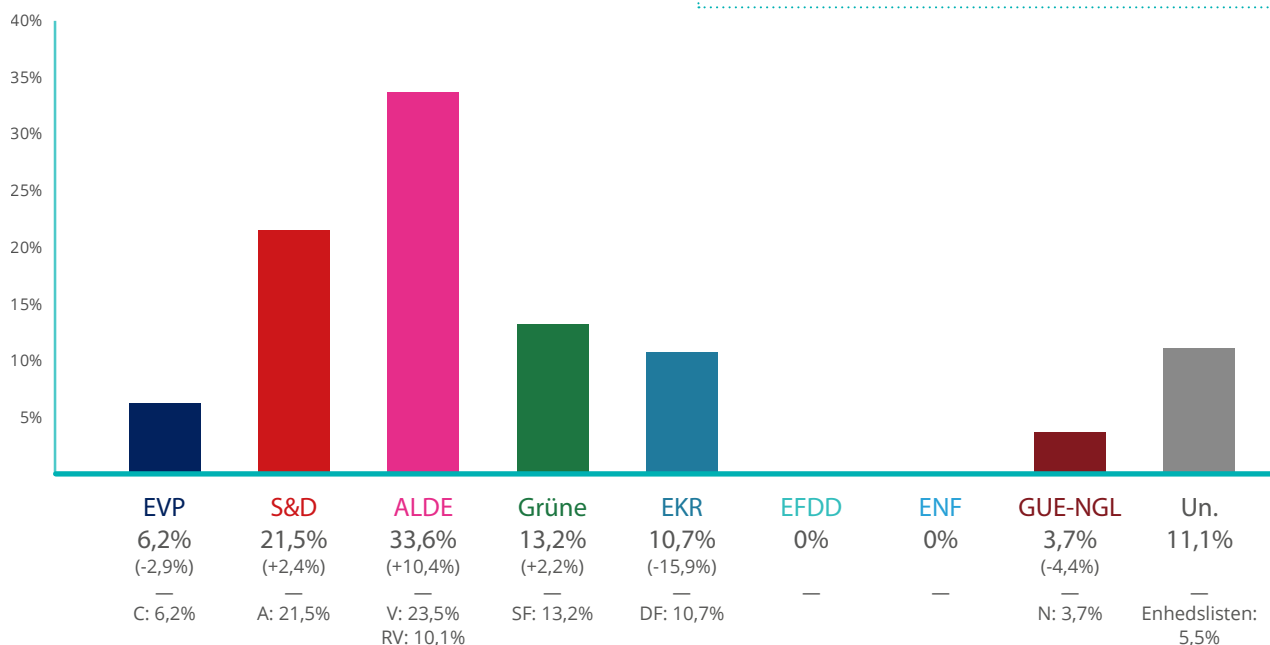


13 Sitze

Sperrklausel: keine



66%



Sitze

1

3

5

2

1

0

0

0

1



Stärkste Partei

Die Partei Venstre (V) entstand im späten 19. Jahrhundert und hat eine konservativ-liberale Ausrichtung. Sie wird entgegen ihrem Namen, der auf Dänisch „links“ bedeutet, dem Mitte-Rechts-Lager zugeordnet und ist auf europäischer Ebene Mitglied der ALDE-Fraktion. Im nationalen Kontext ist sie stärkste Regierungspartei und stellt mit Lars Løkke Rasmussen den Ministerpräsidenten.



Erwähnenswerte Partei

Die Dänische Volkspartei (DF) wurde 1995 im Zuge der ersten Einwanderungswelle nach Dänemark gegründet. Sie gilt als rechtspopulistisch, nationalkonservativ und EU-skeptisch und stützt seit 2015 die Minderheitsregierung im dänischen Parlament. Zuletzt gingen die Zustimmungswerte – vor allem im Vergleich zur letzten Europawahl – deutlich zurück.

Spitzenkandidaten



Morten Løkkegaard
Venstre (V)



Jeppe Kofod
Sozialdemokraten (A)



Pernille Weiss
Konservative Volkspartei (C)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Der Brexit und seine möglichen Folgen für die Staaten Nordeuropas waren vor der Europawahl in der dänischen Debatte sehr präsent und ließen die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ansteigen. Gleichzeitig fanden verhältnismäßig wenige Veranstaltungen zur Europawahl statt, was auch damit zusammenhängt, dass Dänemark am 05. Juni ein neues Parlament wählt und die innenpolitischen Themen die Europawahlen überlagerten. Im Vorfeld der Wahlen kündigte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen jedoch an, in der kommenden Legislaturperiode ein Referendum über die aktive Teilnahme Dänemarks an einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik abhalten zu wollen, von der man aktuell ausgenommen ist. Dies gilt darüber hinaus auch für weitere Politikfelder.



Presse- Reaktionen

Die Presse ging in der Berichterstattung vor allem auf den Wahlerfolg der Partei Venstre ein und bezeichnete sie unter anderem als Falke, der andere Parteien "gefressen" habe.

Auch der Absturz der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei wurde intensiv diskutiert. Ein Kommentar lautete, dass die Vorsitzende sich unklug verhalten habe, als sie in Bezug auf die Fridays for Future-Proteste von "Klimahysterie" gesprochen habe und die Teilnehmer kritisierte.

KAS-Analyse

Die Befürchtungen einer niedrigen Wahlbeteiligung durch die in einer Woche stattfindenden Parlamentswahlen erwiesen sich in Dänemark als unbegründet. Wie in anderen EU-Mitgliedsstaaten auch, stieg die Wahlbeteiligung kräftig an (von 56 Prozent 2014 auf 66 Prozent 2019) und nützte dabei vor allem den liberalen ALDE-Parteien sowie den Sozialdemokraten und Grünen. Der große Verlierer der Wahl ist die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DF), die nach ihrem Wahlsieg im Jahr 2014 dieses Mal fast 16 Prozent der Stimmen verlor und statt mit vier nur noch mit einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein wird. Die konservative Volkspartei (C) konnte ihren Sitz im Europäischen Parlament entgegen anderslautender Prognosen verteidigen. Das Thema des Klimaschutzes spielte dabei auch bei den Konservativen eine herausgehobene Rolle.

Nationale Themen hatten im Vorfeld der Europawahl die Diskussionen bestimmt und werden nun bis zum nächsten Wahltag in einer Woche weitergeführt. Asylpolitik, innere Sicherheit aber auch Umwelt- und Klimaschutz werden dann erneut eine wichtige Rolle spielen und zeigen, ob die Wählerinnen und Wähler auch auf nationaler Ebene denselben Parteien das Vertrauen schenken.



Deutschland

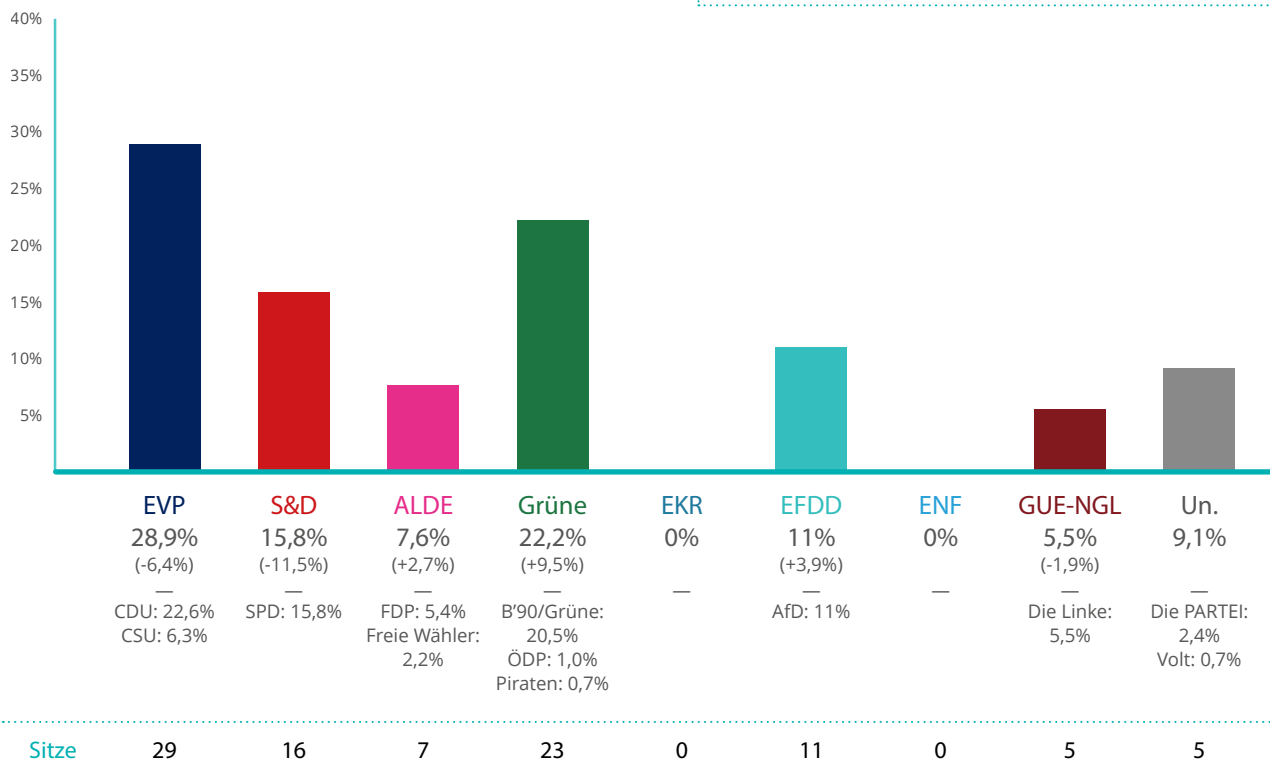


96 Sitze

Sperrklausel: keine



61%



Stärkste Partei

Die CDU mit ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU bleibt trotz Verlusten stärkste politische Kraft. Es war der erste Wahlkampf der neuen CDU-Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer. CDU/CSU traten zum ersten Mal mit einem gemeinsamen Kandidaten und einem gemeinsamen Wahlprogramm an, in dem sie als Volksparteien der Mitte Sicherheit, Frieden und Wohlstand in den Mittelpunkt stellten.

Erwähnenswerte Partei

Die Ursprünge der Grünen liegen zum einen in der Umwelt- und Anti-Atomkraftbewegung der 70er/80er Jahre, zum anderen in der Friedens- und Frauenbewegung. Ihre Kernthemen sind bis heute der Klima- und Umweltschutz. Darüber hinaus setzten sie auf Themen wie eine offene, multikulturelle Gesellschaft und sind besonders in Städten, im Südwesten Deutschlands und unter Bildungsbürgern stark.

Spitzenkandidaten

Manfred Weber
CSU

Dr. Katarina Barley
SPD

Ska Keller
Bündnis 90/Die Grünen

www.kas.de/bruessel



Wahlentscheidende Entwicklungen

Dieses Mal fand die EU-Wahl mehr Beachtung als in der Vergangenheit, was zu einer gestiegenen Wahlbeteiligung führte. Trotz des hohen Interesses an der Wahl, blieben die Spitzenkandidaten relativ unbekannt. Insgesamt herrschte eine eindeutig pro-europäische Grundstimmung, die die Parteien für sich zu nutzen versuchten. Befragungen zeigten, dass Europathemen im Mittelpunkt des Interesses standen. Große Kontroversen zur Zukunft der EU blieben dennoch aus, stattdessen war die politische Lage durch die Schwierigkeit der aktuell im Bund regierenden Volksparteien CDU/CSU und SPD geprägt, breite Wählerschichten für sich zu gewinnen.

Große Beachtung fanden die Themen Klima- und Umweltschutz, die besonders durch die Fridays for Future Proteste von Jugendlichen auf die Agenda gehoben wurden. Im Wahlkampfendspurt waren der FPÖ-Skandal in Österreich und das Video des Youtubers Rezo bestimmende Themen.



Presse- Reaktionen

„Grüne statt Groko und ein Dämpfer für Rechts - Die informelle große Koalition im Europaparlament ist nach dieser Wahl Geschichte. Die kriselnde Groko in Berlin könnte es bald auch sein.“
Rheinische Post

„Wer die Jugend ignoriert, wird sein politisches Wunder erleben - Die Europawahl war ein Fanal für die Volksparteien. Sie müssen endlich Antworten auf die Fragen der politisierten Jugend finden, wenn sie überleben wollen. Schon in ein paar Jahren könnte sich die Republik komplett verändern.“
Die Welt

KAS-Analyse

CDU und SPD müssen erneut starke Verluste hinnehmen. Für die SPD sind die Verluste am größten, dem Ergebnis der Union kommt das stabile Abschneiden der CSU zugute. Die etablierten Volksparteien mit ihrem eingeübten Rollenverständnis, politische Führungsrollen einzunehmen, müssen sich zunehmend auf andere Parteien und Konstellationen einlassen.

Manfred Weber beansprucht auf Grundlage des Ergebnisses in Deutschland und des EVP-Ergebnisses als Ganzes das Amt des Kommissionspräsidenten für sich. Aus dem Spitzenkandidatenverfahren und der hohen Wahlbeteiligung kann er große Legitimität ableiten, sofern es ihm gelingt, eine Koalition für sich zu schmieden.

Bündnis 90/Die Grünen erzielt ein sehr starkes Ergebnis und wird erstmals bei bundesweiten Wahlen zweitstärkste Kraft. Auffallend ist das starke Ergebnis bei jungen Wählern. Die Entwicklung ist auf ihr großes Interesse am Umwelt- und Klimaschutz zurückzuführen. Sie drängen auf einen Politikwechsel und werfen Union und SPD vor, nicht entschlossen genug zu handeln.

Die Zugewinne der AfD fielen geringer aus, als es nach der Bundestagswahl 2017 zu befürchten galt. Allerdings konnte die Partei in den ostdeutschen Bundesländern stark abschneiden und in ihren Hochburgen in Brandenburg und Sachsen sogar stärkste Kraft werden.



Estland

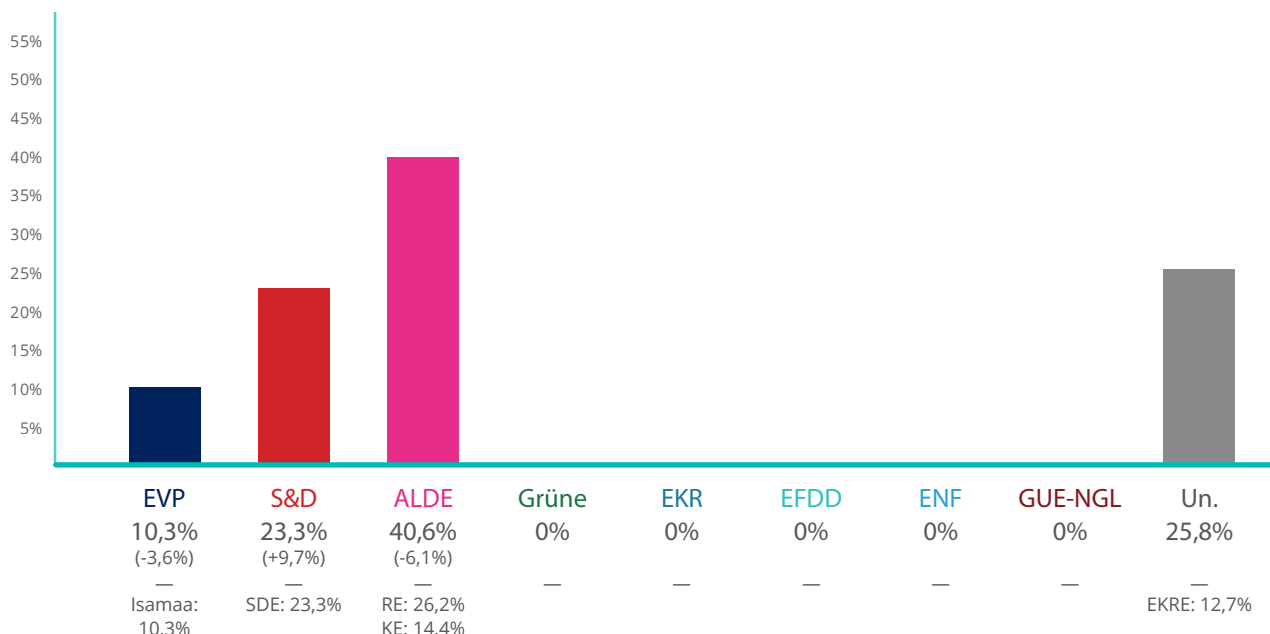


6 Sitze

Sperrklausel: keine



38%



Sitze

0

2

3

0

0

0

0

0

1



Stärkste Partei

Die Estnische Reformpartei (RE) wurde 1994 gegründet und ist eine klassisch liberale Partei. Trotz Wahlsieg bei der Parlamentswahl 2019 musste sie in die Opposition. Auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der ALDE-Fraktion, wird als Antithese zur rechtspopulistischen EKRE angesehen und kritisierte deren Aufnahme in die Koalition scharf.



Erwähnenswerte Partei

Die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) entstand im Jahr 2012 und feierte bei der Parlamentswahl 2019 den ersten großen Erfolg. Sie ist seitdem Mitglied der estnischen Regierung. Sie gilt als rechtspopulistisch, einwanderungsfeindlich und anti-europäisch. Auf europäischer Ebene trat sie noch nicht in Erscheinung, da sie 2014 noch unbedeutend war.

Spitzenkandidaten



Andrus Ansip
Reformpartei (RE)



Marina Kaljurand
Sozialdemokraten (SDE)



Riho Terras
Vaterlandspartei (Isamaa)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach den Parlamentswahlen am 3. März 2019 formierte sich gesellschaftlicher Protest gegen die Aufnahme der rechtspopulistischen Partei EKRE in die Koalitionsregierung von Zentrumspartei und konservativer Vaterlandspartei (EVP). Dies schloss eine Regierungsbeteiligung der Wahlsieger von der Estnischen Reformpartei aus. In den Umfragen führte dieser Umstand zu weiter wachsender Zustimmung für die Liberalen. Zudem ist zu beobachten, dass sich Teile der russischsprachigen Minderheit aufgrund der jüngsten Entwicklungen von der Zentrumspartei ab- und den oppositionellen Sozialdemokraten sowie der neuen Partei Estland 200 zuwenden. Diese Entwicklungen überlagerten den Europawahlkampf und sorgten dafür, dass die Wahl am 26. Mai als nationales Referendum über den Kurs der Parteien sowie der estnischen Regierung angesehen wurde.



Presse- Reaktionen

Die großen estnischen Tageszeitungen gaben in ihrer Wahlberichterstattung vor allem einen differenzierten Überblick über die Ergebnisse in Estland und anderen EU-Staaten.

Die Zeitung Postimees veröffentlichte zudem einen Meinungsartikel der sich vor dem Hintergrund des Einzugs der EKRE-Partei ins Europäische Parlament mit dem Stimmenzuwachs populistischer und EU-skeptischer Parteien beschäftigte und zum Schluss kam: "Hinter den EU-Fahnen verbessert sich der Ergebnis der Skeptiker".

KAS-Analyse

Wie bereits vor der Wahl angenommen, sahen viele Estinnen und Esten die Europawahl vor den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen als Votum für oder gegen die Regierungskoalition in Tallinn, die erstmals auch die rechtspopulistische und EU-skeptische Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) umfasst. Im Vergleich zur Parlamentswahl haben vor allem die Zentrumspartei von Ministerpräsident Ratas und die EKRE an Stimmen verloren. Auf Oppositionsseite konnte die liberale Reformpartei ihren Stimmenanteil in etwa halten, die sozialdemokratische SDE konnte einen starken Stimmenzuwachs verbuchen. Die konservative Vaterlandspartei (Isamaa) ist aktuell nicht im Parlament vertreten, würde jedoch von einem Brexit und dem daraus resultierenden zusätzlichen Parlamentssitz für Estland profitieren.

Die Wahlbeteiligung war trotz der innenpolitischen Debatte nicht signifikant höher als bei der Wahl 2014 und liegt weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Im Nordosten Estlands, in dem es einen hohen Anteil der russischsprachigen Minderheit gibt, war die Teilnahme besonders gering. Wie bereits bei vorhergehenden Wahlen haben rund 50% der Wähler ihre Stimme online abgegeben.



Finnland

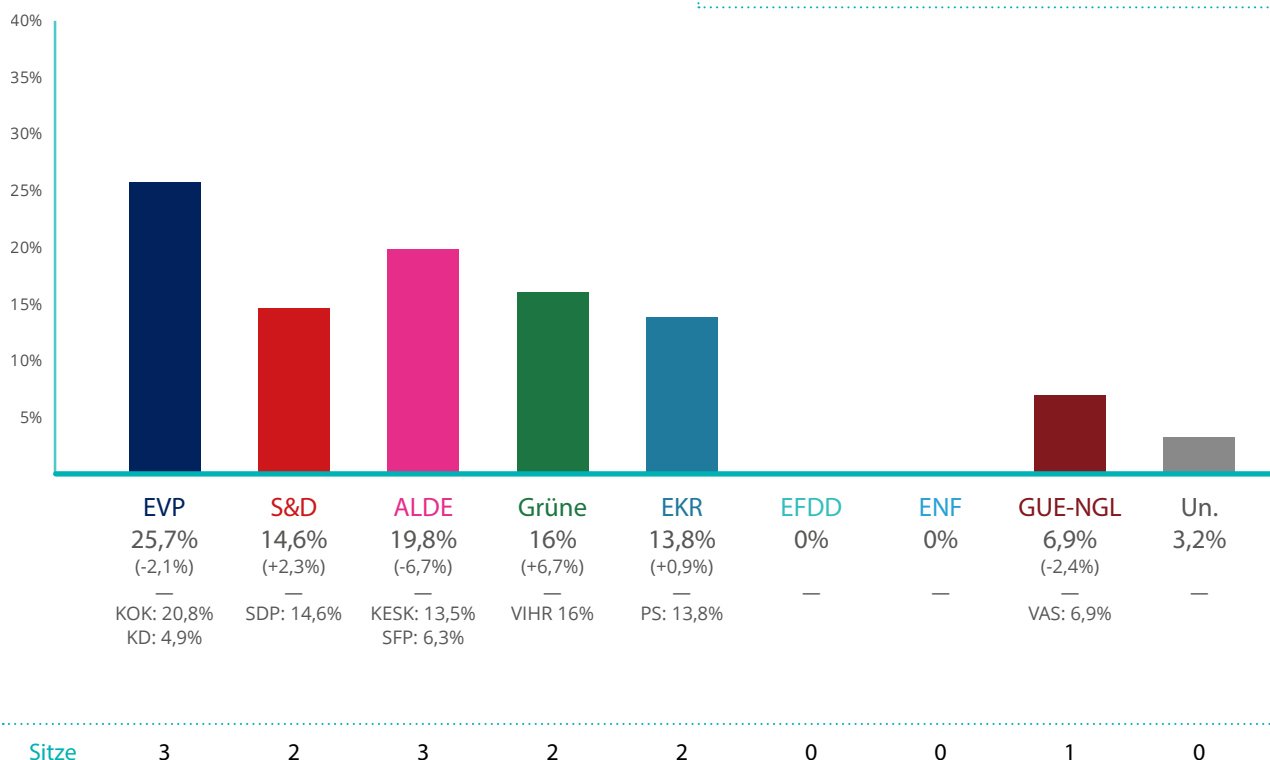


13 Sitze

Sperrklausel: keine



41%



Stärkste Partei

Die Nationale Sammlungspartei (KOK) wurde 1918 gegründet und ist gegenwärtig die größte konservative Partei des Landes. Sie tritt für eine freie Marktwirtschaft, die Europäische Union, individuelle Wahlfreiheiten sowie einen NATO-Beitritt Finnlands ein. Auf nationaler Ebene ist sie Teil der noch geschäftsführenden Regierungskoalition, auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der EVP-Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

Der Grüne Bund (VIHR) wurde 1988 gegründet und umfasst mehrere soziale Bewegungen. Die vor allem in Städten erfolgreiche Partei gilt als integrationswillig, macht sich für eine Stärkung des Europäischen Parlaments stark, will den EU-Haushalt aufstocken und EU-weite Steuern einführen. Sie erfreute sich zuletzt national wachsender Beliebtheit und ist Mitglied der Grüne/EFA-Fraktion.

Spitzenkandidaten



Sirpa Pietikäinen
Nat. Sammlungspartei (KOK)



Ville Niinistö
Grüner Bund (VIHR)



Eero Heinäluoma
Sozialdemokraten (SDP)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Finnland sieht sich nicht zuletzt aufgrund seiner geographischen Lage als Brückenbauer, vor allem in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Verhältnis zu Russland. Aufgrund der im zweiten Halbjahr 2019 anstehenden Ratspräsidentschaft wurden europäische Themen in den Monaten vor der Wahl immer relevanter. In den Debatten wurden der Klimaschutz sowie die Migrationspolitik immer wieder als thematische Schwerpunkte gesetzt. Negativ wurde dagegen die Praxis gesehen, dass amtierende nationale Parlamentsabgeordnete nun für die Europawahl kandidieren und ihr Mandat in Helsinki im Falle einer Wahl ins Europäische Parlament abgeben. Diese Praxis sorgte partei- und fraktionsübergreifend für Kritik und brachte den betroffenen Abgeordneten den Vorwurf ein, die eigenen Wähler hinters Licht zu führen. Nach den Parlamentswahlen im April war die Europawahl der zweite Urnengang in wenigen Wochen.



Presse- Reaktionen

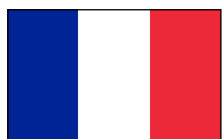
Die finnischen Medien griffen vor allem den Wahlsieg von Kokoomus sowie die starken Zugewinne der Grünen auf und sprachen in diesem Zusammenhang von Verschiebungen auf europäischer Ebene.

Gleichzeitig wurden die Wahlverlierer der Zentrums- und der Basisfinnen (deutlich stärker eingeschätzt) thematisiert. Alles in allem sei ein pro-europäisches Wahlergebnis zustande gekommen.

KAS-Analyse

Obwohl die Wahlbeteiligung mit 40,7 Prozent im Vergleich zu den letzten Europawahlen etwas höher war, liegt sie deutlich unter derjenigen der nationalen Parlamentswahl, an der im April 72 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen. Grundsätzlich ist Finnland ein sehr pro-europäisches Land, in dem die Bevölkerung mehrheitlich hinter der eigenen EU-Mitgliedschaft steht. Gleichzeitig ist in einzelnen Themenfeldern und Fragestellungen jedoch auch Unverständnis gegenüber Brüssel und den europäischen Institutionen zu verspüren. Neben der Nationalen Sammlungspartei (Kokoomus), die gemeinsam mit den Christdemokraten das EVP-Ergebnis der letzten Wahl in etwa halten konnte, sind auch in Finnland die Grünen die großen Gewinner der Wahl und konnten ihren Stimmenanteil um über 6,5 Prozent steigern.

Die nationale Regierungsbildung steht in Helsinki kurz vor dem Abschluss und wird daher wohl nicht mehr vom Ausgang der Europawahl beeinflusst. Finnland übernimmt ab Juli 2019 die Präsidentschaft im Europäischen Rat, sodass europäische Themen auch in den kommenden Monaten einen hohen Stellenwert im nördlichsten Land der Europäischen Union einnehmen werden.



Frankreich

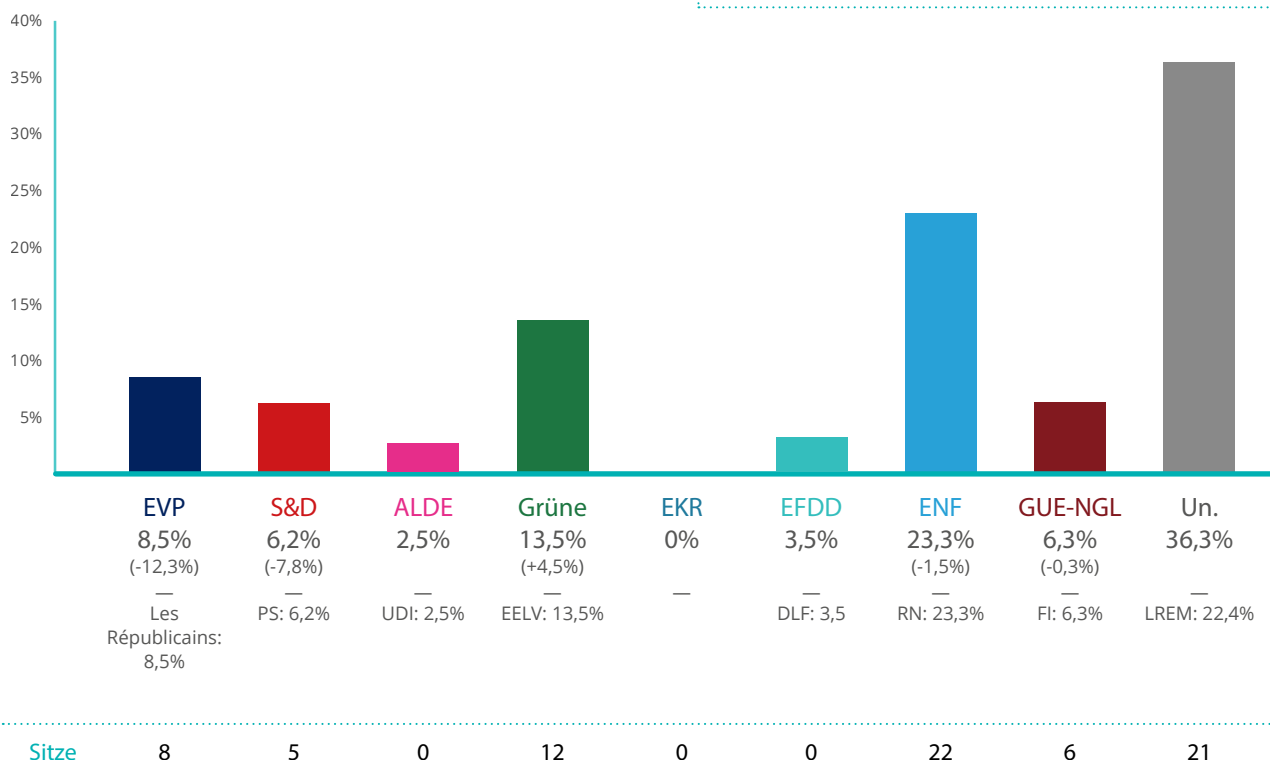


74 Sitze

Sperrklausel: 5%



50%



Stärkste Partei

Der „Rassemblement National“ (früher Front National) ist eine rechtspopulistische Partei, die trotz der Niederlage ihrer Vorsitzenden Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen eine hohe Zustimmung erhält. Bei den Europawahlen 2014 lag die Partei mit 24,9% auf dem ersten Platz. 2019 konnte sie diesen Platz verteidigen. Die Idee eines „Frexit“ wurde inzwischen aus dem Programm gestrichen.

LA RÉPUBLIQUE
En Marche!

Erwähnenswerte Partei

„La République en Marche“ ist die von Emmanuel Macron im April 2016 gegründete Bewegung, die proeuropäische und pragmatische Sozialisten, Liberale und Bürgerliche vereint. Trotz ihres Wahlsiegs bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017 ist es ihr noch nicht gelungen, dauerhafte lokale Strukturen aufzubauen.

Spitzenkandidaten



Nathalie Loiseau
La République En Marche



François-Xavier Bellamy
Les Républicains



Jordan Bardella
Rassemblement National



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Frankreich gilt die Europawahl als „Mid-term-Wahl“. Zwei Jahre nach den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist dies die erste landesweite Wahl, bei der jenseits von Umfragen die tatsächliche Zustimmung zur Politik von Präsident Emmanuel Macron und seiner Regierung ermittelt werden kann.

Seit November 2018 haben die Proteste der „Gelbwesten“ die Politik beherrscht. Die Regierung hat hierauf mit einer Stärkung der Kaufkraft und der politischen Teilhabe reagiert. Die politischen Parteien haben von den Protesten nicht profitieren können. Ihre Zustimmungsraten haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Während LREM Umwelt- und Klimaschutz sowie sichere Grenzen thematisierte, stellten die Oppositionsparteien die Europawahl als Abstimmung über Staatspräsident Macron dar.



Presse- Reaktionen

Das Duell zwischen Emmanuel Macrons Liste und Marine Le Pens Partei steht ebenso im Fokus der Berichterstattung wie die überraschende Stärke der Grünen und die erstaunliche Schwäche der bürgerlich-konservativen Républicains.

Kritisiert wird Macrons Strategie, die Wählerschaft in Pro- und Anti-Europäer aufzuteilen. Dies habe die Nationalisten gestärkt und die gemäßigten Parteien, insbesondere Républicains und Sozialisten, geschwächt.

KAS-Analyse

Die Europawahl war die erste frankreichweite Wahl seit den Parlamentswahlen im Juni 2017. Die von Staatspräsident Macron herbeigeführte Polarisierung der Wählerschaft in Pro- und Anti-Europäer wurde von der gemäßigten Opposition und den Populisten in eine Abstimmung über den bisherigen Kurs der Regierung verwandelt. Dank des Verzichts auf die Forderung nach einem Frexit schaffte es der RN, einen Großteil der Protestwähler für sich zu mobilisieren. Gleichzeitig wirkte die Kampagne von Macrons Bewegung holprig und – anders als 2017 – uninspiriert.

Die von vielen gemäßigt linken Wählern als rechts wahrgenommene Politik Macrons sowie die Fokussierung der Kampagne von LREM auf grüne Themen führten dazu, dass überdurchschnittlich viele Wähler aus diesem Lager ihre Stimme den Grünen gaben. Den Républicains gelang es derweil nicht, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Diejenigen, die Macrons Politik gutheißen, fühlen sich inzwischen durch LREM angemessen vertreten. Diejenigen, die Macrons Politik ablehnen, haben gleich den RN gewählt. Von den seit November laufenden Protesten der „Gelbwesten“ konnten weder die Linkspopulisten noch die eigens gegründete „Gelbe Allianz“ profitieren.



Griechenland

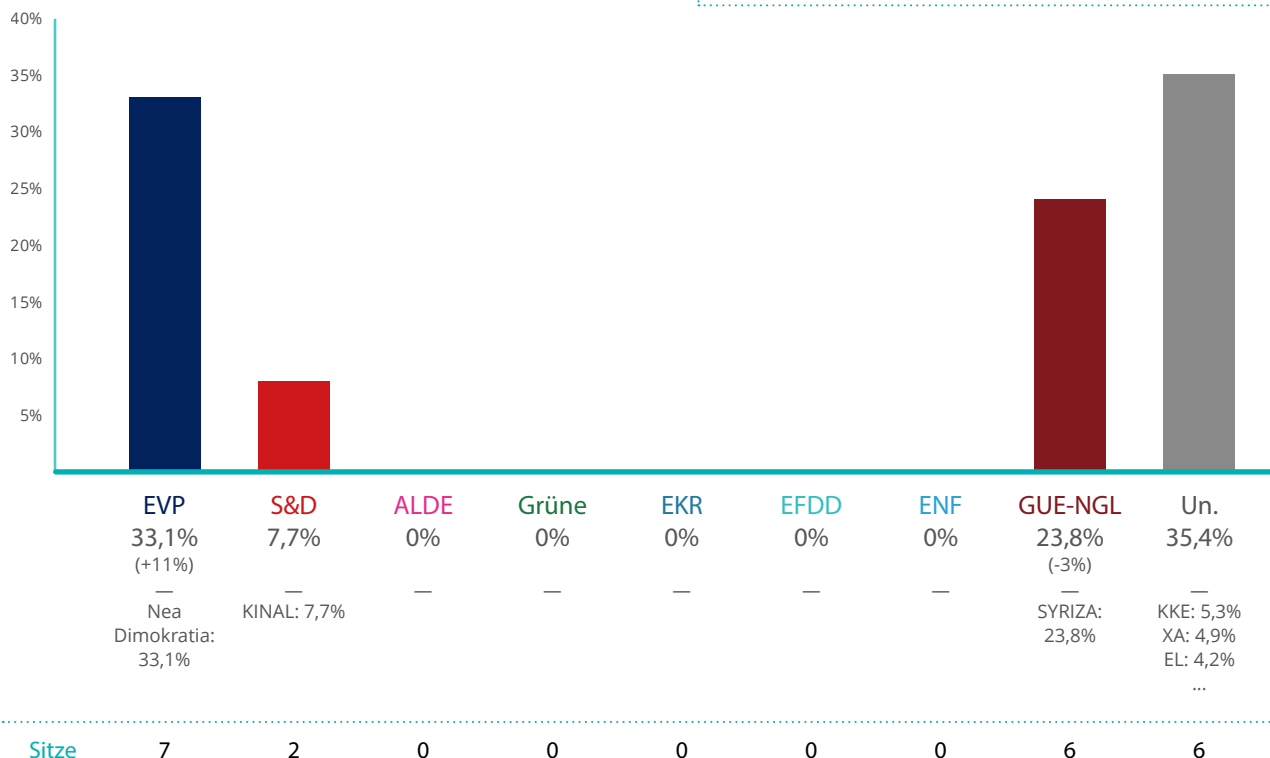


21 Sitze

Sperrklausel: 3%



59%



Stärkste Partei

Die Liberal-konservative Nea Dimokratia wurde 1974 gegründet. Seit 2015 ist sie die größte Oppositionspartei im griechischen Parlament. Parteichef ist Kyriakos Mitsotakis.

Unter der ND Regierung ist Griechenland 1981 der Europäischen Union beigetreten. Im Europaparlament gehört sie der EVP Fraktion an.



Erwähnenswerte Partei

Die Linkspopulistische Syriza Partei ist 2012 aus einem Wahlbündnis diverser Linksextrem-er und -populisten hervorgegangen.

Seit dem Wahlsieg 2015 stellt sie den Premier-minister und stellt sich heute als gemäßigt-sozialdemokratisch dar. Im Europaparlament gehört sie der GUE/NGL Fraktion an.

Spitzenkandidaten



Vaggelis Meimarakis
Nea Dimokratia



Dimitris Papadimoulis
SYRIZA



Nikos Androulakis
KINAL



Wahlentscheidende Entwicklungen

Griechenland hat eine schwere Wirtschaftskrise hinter sich, doch die derzeitige Wirtschaftslage ist immer noch nicht rosig. Die Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung bleibt europaweit die mit Abstand höchste.

Im Vorfeld der Wahlen will die in den Umfragen führende Nea Dimokratia mehr Investitionen anziehen, Steuern senken und die Kriminalität bekämpfen. Dagegen will die regierende Syriza den Sozialstaat wieder ausbauen. Die Einigung mit Nordmazedonien, außenpolitisch ein großer Erfolg für Ministerpräsident Tsipras, wird ihm innenpolitisch schaden und Wähler des rechten Randes mobilisieren.



Presse- Reaktionen

“Ta Nea”: Endlich, das Ende der Regierung SYRIZA

Wahlen am 30. Juni, nach einem umfassenden Sieg der Nea Dimokratia

“Kathimerini”: Wahlen nach der starken Veränderungsbotschaft

Nea Dimokratia ist die einzige Partei der EVP die Wahlgewinne hatte.

“Avgi”: Parlamentswahlen für ein klares Mandat (linkspopulistisch)

Die Goldene Morgenröte bricht zusammen

KAS-Analyse

Die Ergebnisse zeigen: Die Mehrheit der Griechen sucht eine Rückkehr zur Normalität. Sie erhofft sich von der Nea Dimokratia aber nicht die Rückkehr zur alten Normalität vor der Krise; der neue Parteichef Mitsotakis, der als reformorientiert gilt, hat es im Wahlkampf geschafft, eine inklusive, positive Botschaft zu vermitteln, die breite Bevölkerungsschichten angesprochen hat und klar auf Wirtschaftskompetenz und Sicherheit setzt. Diese Themen, neben der Ablehnung des weithin unpopulären Abkommens mit Nordmazedonien, lagen den meisten Wählern am Herzen.

Die Wahlergebnisse sind eine persönliche Niederlage für Premier Tsipras, der die Europawahlen als ein „Vertrauensvotum“ für seine Regierung sehen musste. Da halfen weder die „Vorwahl-Geschenke“ von einzelnen Steuererleichterungen und Rentenerhöhungen, noch der Versuch, die Ursachen für Behördenversagen zum Beispiel bei der Feuerkatastrophe von Mati im Sommer letzten Jahres auf die Versäumnisse der Vorgängerregierungen zu schieben. Mit einer zweistelligen Wahlniederlage musste Tsipras jetzt reagieren und kündigte bereits vorgezogene Parlamentswahlen an. Ein Regierungswechsel ist in Griechenland in Reichweite.



Irland

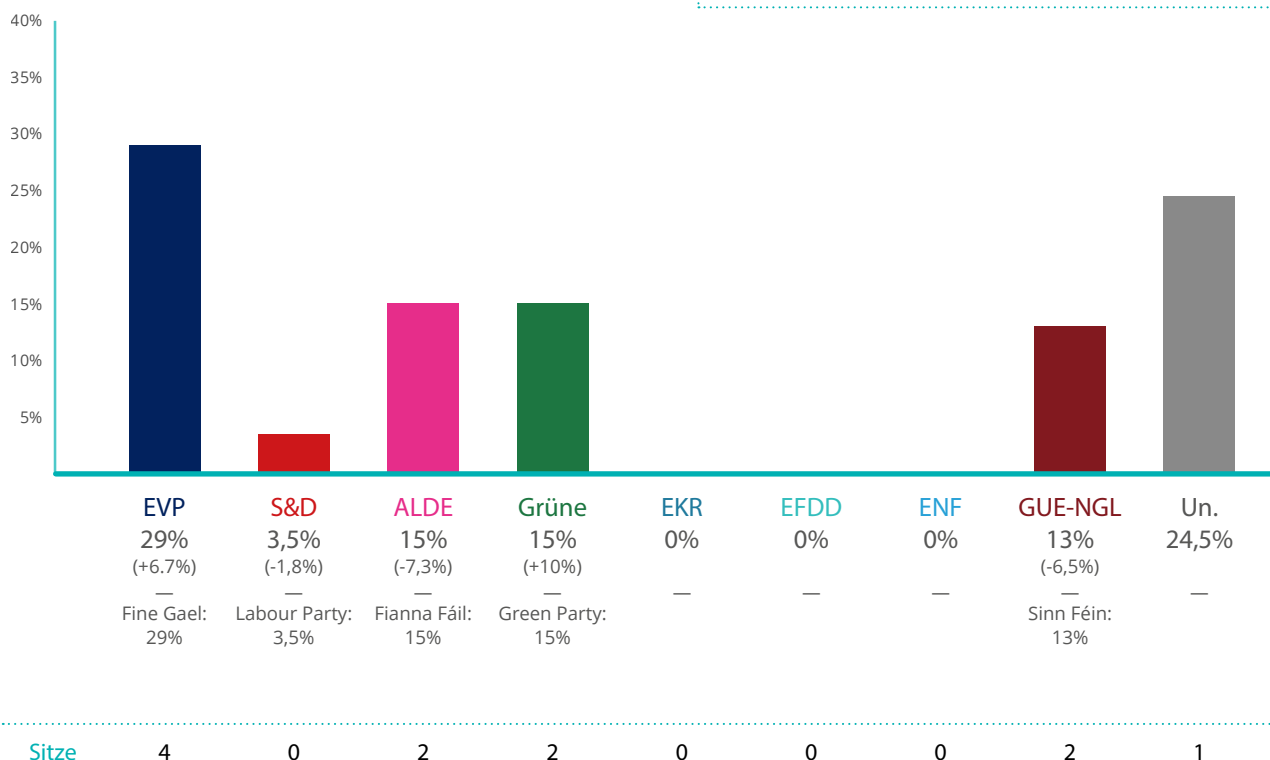


11 Sitze



49%

Sperrklausel: keine



Stärkste Partei

Liberalkonservativ, EU-freundlich, EVP. Über weite Teile der jüngsten Geschichte musste sich FG mit der Rolle der größten Oppositionspartei zufriedengeben. Seit 2011 stellt sie wieder den Taoiseach (Premier), zurzeit Leo Varadkar.

Wegen der klaren irischen Positionierung rund um den Brexit gewinnt FG an Zuspruch.



Erwähnenswerte Partei

Wie viele grüne Parteien entstand die irische Green Party (grüne Politik, pro-europäisch) im Zuge der Umweltbewegungen der 1980er-Jahre und spielte bislang auf nationaler Ebene nur eine marginale Rolle.

Die zunehmende Debatte um Umwelt- und Klimapolitik konnten die Grünen für sich ausnutzen und deutlich zulegen.



Spitzenkandidaten

In Irland gab es keine Spitzenkandidaten.



Wahlentscheidende Entwicklungen

Irland ist das Land, das am meisten von den Folgen des Brexit betroffen ist. Das betrifft nicht nur ökonomische Verluste sondern auch die Grenzfrage zu Nordirland. Wenngleich eine harte Grenze nicht im Interesse Irlands liegt, so hat Premier Varadkar kürzlich erklärt, dass Grenzinfrastruktur im Falle eines harten Brexits kaum zu vermeiden sei. Im Zusammenhang damit lief auch die irische Europawahl im Schatten des Brexit ab.

Die beiden großen Parteien Fianna Fáil und Fine Gael (FG) profitieren als etablierte und bedeutende Parteien mit bekannten Kandidaten von der Unsicherheit um den Brexit. Zudem wird die Position der EU während der Brexit-Verhandlungen größtenteils als Solidarität mit Irland interpretiert.



Presse- Reaktionen

Die linksliberale Tageszeitung Irish Times sieht Fianna Fail und vor allem Fine Gael als deutliche Verlierer der Wahl: „Es wird ein schlechter Tag für Fine Gael nach Leo Varadkars erster Exkursion zu landesweiten Wahlen als Parteivorsitzender.“

„[In Europawahlen] wählen die Wähler keine nationale Regierung, sind frei von Bedenken hinsichtlich nationaler Politik [...], sodass sie in ihren Wahlpräferenzen mehr experimentieren.“

- Irish Independent, wirtschaftsliberale Tageszeitung

KAS-Analyse

Insgesamt spiegelt das irische Wahlergebnis ein großes Maß an Stabilität wider. Pro-europäische Parteien wie Fine Gael, Fianna Fail und die Green Party kommen insgesamt auf etwa 60% der Wählerstimmen in Irland. Zudem sind viele der unabhängigen Kandidaten dem deutlich EU-befürwortenden Lager zuzuordnen.

Die der EVP zugehörige Fine Gael konnte sich als stärkste Kraft bei der Europawahl behaupten. Dennoch sehen viele Unterstützer des derzeitigen Taoiseach (Premierminister) Leo Varadkar ihre Erwartungen enttäuscht. Trotz ökonomischer Prosperität in Irland und einer überzeugenden Rolle Varadkars in den Brexit-Verhandlungen konnte Fine Gael nur marginal zulegen.

Eamon Ryans Green Party konnte am meisten von der aktuellen europaweiten Debatte über Klima- und Umweltpolitik profitieren.

Die irisch-nationalistische und sozialistische Sinn Féin, die lange als politischer Arm der IRA galt, musste hingegen Verluste hinnehmen. Obwohl sich die Situation an der irisch-nordirischen Grenze wegen des Brexits wieder verschärfen könnte, konnte Sinn Féin nicht profitieren.



Italien

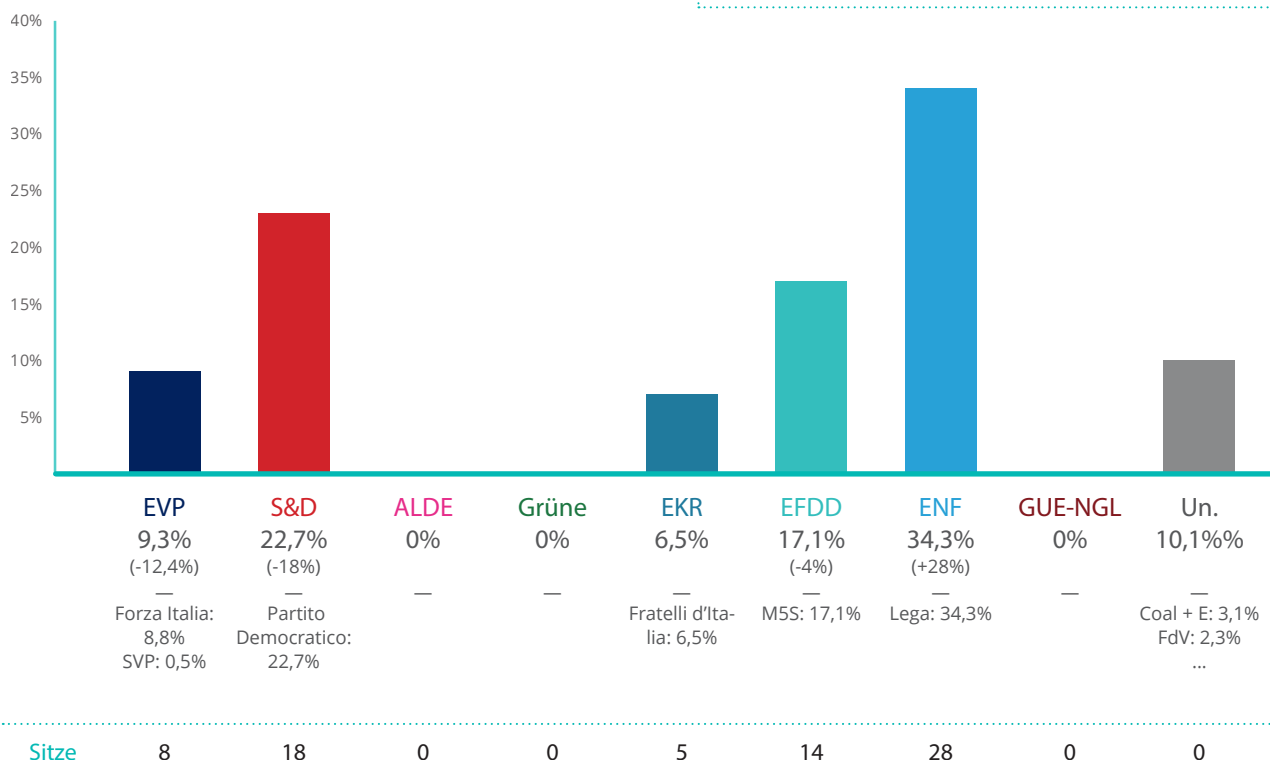


73 Sitze

Sperrklausel: 4%



55%



Stärkste Partei

In einem Papier aus dem Jahr 2012 bezeichnet sich die Lega als „neo-europäistisch“. Spitzenkandidat und Lega-Chef Salvini gibt heute an, die EU verändern zu wollen. Er stellt „Italy first“, eine rigide Flüchtlingspolitik und ein bürgernahes Europa in Aussicht. Ein aktuelles Programm gibt es jedoch nicht. Lega war anfangs hauptsächlich im Norden politisch aktiv, heute in Gesamtitalien.



Erwähnenswerte Partei

Movimento 5 Stelle (M5S), eine euroskeptische und populistische Partei der Mitte mit ihrem Spitzenkandidaten Luigi Di Maio, hat seit sie die Regierung in Koalition mit der Lega stellt an Zustimmung verloren. Es ist unklar, welcher Fraktion sie sich auf europäischer Ebene anschließen wird. M5S fordert auf europäischer Ebene mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie.

Spitzenkandidaten



Matteo Salvini
Lega



Luigi Di Maio
M5S



Nicola Zingaretti
Partito Democratico



Wahlentscheidende Entwicklungen

Italien wird seit Juni 2018 erstmals von den populistischen Bewegungen Movimento 5 Stelle (M5S) und Lega regiert. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung hat sich seitdem verändert: Die Lega ist vom schwächeren zum stärkeren Partner mutiert. Bei der Europawahl 2014 holte die damals regional verwurzelte Lega Nord nur 6% der Stimmen. Salvinis Ziel ist es, eine neue rechte Fraktion im Europaparlament zu gründen, um Europa "von innen" zu verändern. Die einzige italienische EVP Partei Forza Italia ist geschwächt und die sozialistische Partito Democratico versucht mit einem äußerst breiten Mitte-links-Bündnis zu punkten. M5S tritt alleine an.



Presse- Reaktionen

Die Lega geht ganz klar als Sieger aus der Europawahl hervor, der große Verlierer hingegen ist die Fünf-Sterne-Bewegung. Die italienische Tageszeitung „La Stampa“ titelt: „Umschwung: Lega Boom, Absturz M5S“. M5S hat nicht nur gegen ihren Koalitionspartner Lega auf der rechten Seite verloren, sondern auch gegen die PD auf der linken Seite. Die „Regierung steht Kopf“ schreibt Stefano Folli in „La Repubblica“. „Schwarze Schatten“ befürchtet das Blatt mit Blick auf den Erfolg der Rechtspopulisten Lega und Fratelli d'Italia.

KAS-Analyse

Die Lega konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu den Parlamentswahlen im März 2018 verdoppeln, M5S hat es halbiert – nach einem knappen Jahr im Amt, unterstützen circa 50% der Italiener nach wie vor dieses ungleiche Regierungsbündnis.

Das Ergebnis der Europawahlen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen interpretieren die politischen Kräfte vorrangig im nationalen Kontext. Die Lega hält zunächst an der Koalition mit M5S fest, stellt aber Forderungen, um ihre innenpolitischen Ziele, Einführung der Flat-Tax, Sicherheitsdekret und Umsetzung des Schnellzugs TAV, umzusetzen.

Mit Blick auf die EU fühlt sich Salvini durch dieses Wahlergebnis bestärkt, die Muskeln spielen zu lassen. Er strebt die Gründung der Fraktion "Europäische Allianz der Völker und Nationen" im EP an, die 100 bis 150 Parlamentarier umfassen soll.

Konflikte sind vorprogrammiert: Am 5. Juni veröffentlicht die EU einen Bericht über die öffentlichen Finanzen Italiens. Salvini weist bereits vorab darauf hin, dass er die Stabilitätskriterien neu verhandeln möchte; vor allem die 3-Prozent-Defizitgrenze.

Die Lega beansprucht den zukünftigen ital. EU-Kommissar aus ihren Reihen auswählen zu können, er soll ein wichtiges Portfolio innehaben. Genannt werden die Bereiche Landwirtschaft, Wirtschaft und Wettbewerb.



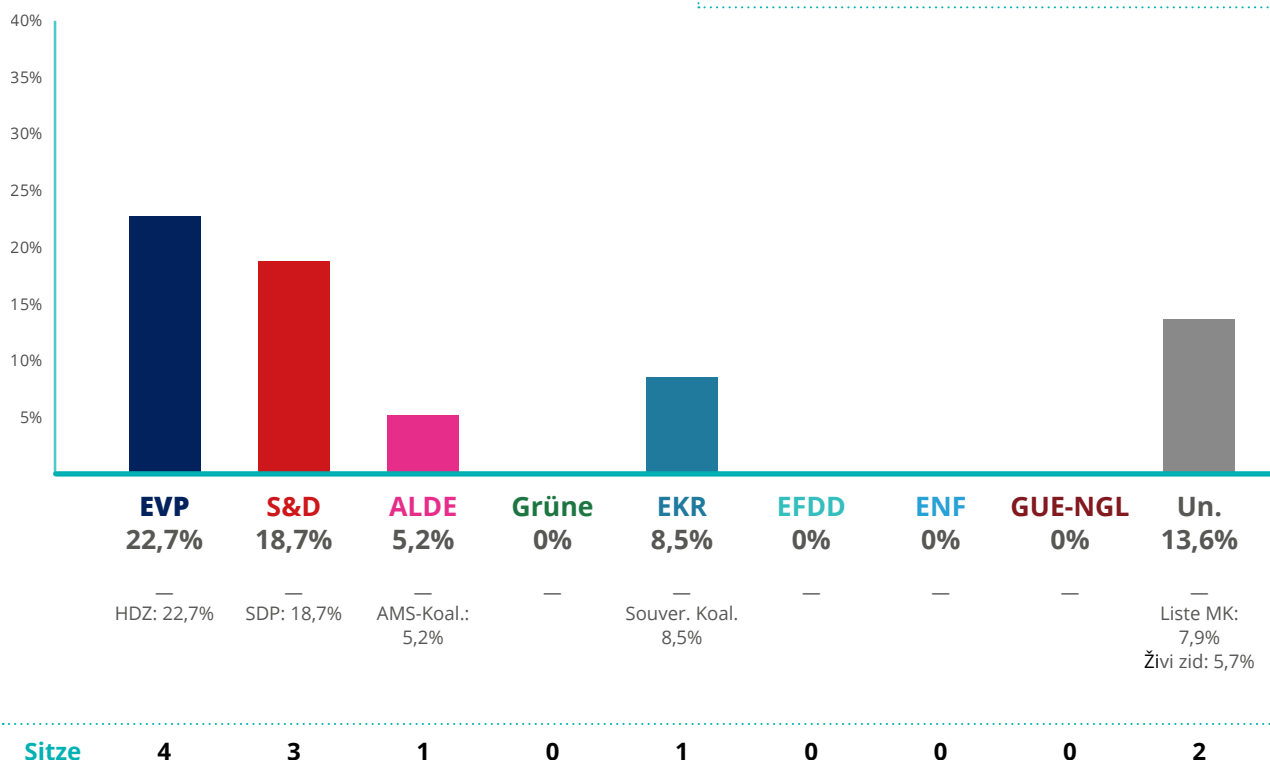
Kroatien



11 Sitze
Sperrklausel: 5%



30%



Stärkste Partei

Die HDZ ist Mitglied der EVP und seit Januar 2016 die Regierungspartei in Kroatien. Sie ist christdemokratisch und gemäßigt nationalkonservativ ausgerichtet. Der ehemalige Europaabgeordnete Andrej Plenkovic ist seit Juli 2016 Parteichef und seit Oktober 2016 Premierminister. Bei den Europawahlen 2019 trat die HDZ zum ersten Mal ohne Koalitionspartner auf, unter dem Motto „Kroatien für Generationen“.



Erwähnenswerte Partei

Živi zid ist eine Protestpartei, die sich weder dem linken, noch dem rechten Spektrum zuordnen will und ihre Wurzeln im Aktivismus während der letzten Wirtschaftskrise hat. Ihr Europaprogram hat sie in Zusammenarbeit mit der italienischen Cinque Stelle vorbereitet. Sie betonen die Korruption des jetzigen politischen Systems und vertreten anti-EU und anti-NATO Positionen.

Spitzenkandidaten



Karlo Ressler
HDZ



Tonino Picula
SDP



Tihomir Lukanic
Živi zid



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach zwei gescheiterten Koalitionsregierungen der HDZ mit MOST (Konservative) innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren, kam es im Sommer 2017 zum ersten Mal zu einer Koalition der HDZ mit einer links-liberalen Partei HNS (ex. SDP Koalitionspartner). Für die EU-Wahlen blieben außer der linksorientierten sogenannten Amsterdamer Koalition relevante linksorientierte Bündnisse aus. Auch die Fragmentierung unter den rechtsorientierten Parteien war nie zuvor so ausgeprägt. Allerdings sind populistische Parteien viel stärker als 2014. Der politische Senkrechstart von Živi zid begann mit den Präsidentschaftswahlen 2015, zurzeit haben sie drei Sitze im nationalen Parlament.

Neben einer Krise in den Werften, dominierte Referendumsinitiativen der Gewerkschaften zu einer Rentenreform sowie Živi zid mit dem Thema Parteienfinanzierung die Schlagzeilen im Vorfeld der Wahl.



Presse- Reaktionen

Laut Jutarnji kann die HDZ mit dem Ergebnis nur enttäuscht sein. Nachdem alle Umfragen mindestens 5 Mandate für die Partei projizierten habe sich erneut gezeigt, dass die Wahlen etwas ganz anderes als Umfragen seien.

Telegram schreibt, dass der SDP-Chef mit der Einbeziehung seiner Kritiker auf die Liste eine kluge Entscheidung traf und dass die Ergebnisse die Rolle als stärkste Oppositionspartei bestätigt haben.

Für alle Medien ist die größte Überraschung der Erfolg von Mislav Kolakusic.

KAS-Analyse

Erneut hat die Liste der HDZ die meisten Stimmen bekommen. Aber die Koalition von 2014 blieb aus und so wurde – wie erwartet – die Wählerschaft des rechten Spektrums unter einer Vielzahl von Kandidatenlisten verstreut. Die stärkste unter ihnen war die Koalition der Souveränisten, deren Erfolg mit 8,52% unerwartet hoch war. Ruza Tomasic, ihre Spitzenkandidatin, bekam die meisten Präferenzstimmen unter allen Spitzenkandidaten überhaupt. Das Scheitern der MOST, die es nicht schaffte ein Mandat zu gewinnen, war ebenfalls eine Überraschung.

In den Monaten vor den Wahlen verspürte die SDP den gleichen negativen Trend in den Umfragen, der auch europaweit unter den sozialdemokratischen Parteien präsent war.

Aber ihre Kandidatenliste, angeführt durch zwei angesehene Europaabgeordnete, sorgte dafür, dass man dennoch bei den Wahlen die Kluft zwischen der HDZ und ihrer Partei verkleinert hat.

Der ehemalige Richter Mislav Kolakusic legte in den Tagen vor der Wahl sein Amt nieder und trat die Wahlen mit einer starken Botschaft gegen Korruption an. Er überholte sogar den Stimmenanteil der populistischen Živi zid, die mit 5,66% ein deutlich schwächeres Resultat als erwartet erreicht hat.



Litauen

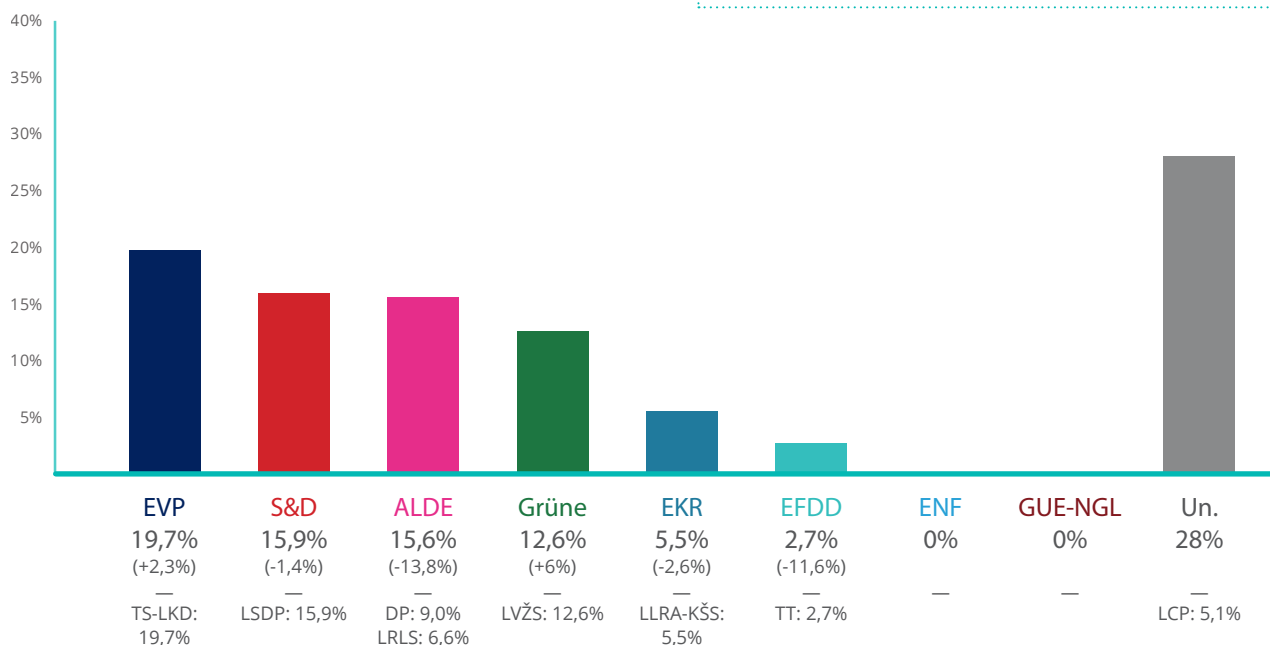


11 Sitze

Sperrklausel: 5%



53%



Sitze

3

2

2

2

1

0

0

0

1



Stärkste Partei

Die Partei Vaterlandsbund-Litauische Christdemokraten (TS-LKD) ging 2008 aus mehreren Fusionen hervor und ist die bedeutendste konservative Partei des Landes. Sie steht für eine freie Marktwirtschaft, die Westbindung Litauens sowie für die Wahrung der nationalen Identität des Landes. Auf nationaler Ebene ist sie Teil der Opposition, auf europäischer Ebene Mitglied der EVP-Fraktion.

Erwähnenswerte Entwicklung

Erstmals in der litauischen Geschichte kandidierten fünf gesellschaftliche Wahlkomitees bei der Europawahl. Diese Listen formierten sich parteiunabhängig um Persönlichkeiten oder thematische Schwerpunkte. In den Umfragen vor der Wahl genossen einige der Komitees großen Zuspruch, eines davon schaffte schließlich den Sprung ins Parlament.

Spitzenkandidaten



Liudas Mažylis
Vaterlandsbund (TS-LKD)



Vilija Blinkevičiūtė
Sozialdemokraten (LSDP)



Bronis Ropė
Bauern und Grüne (LVŽS)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament fielen mit der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen zusammen und wurden thematisch von diesen überlagert. Gleichzeitig führte die Wahl für das höchste Staatsamt zu einer höheren Wahlbeteiligung als bei der letzten Europawahl im Jahr 2014. Die Stimmung im Land ist seit vielen Jahren sehr pro-europäisch, im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten spielt ein anti-europäischer Populismus in Litauen keine Rolle. Die Regierungspartei (Bund der Bauern und Grünen) machte vor dem Urnengang mit der Ankündigung auf sich aufmerksam, dass man sich im Falle einer Niederlage bei Präsidentschafts- und Europawahlen aus der nationalen Verantwortung zurückziehen werde. Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl blieb man aber doch im Amt und unterstrich die eigene Verantwortung für das Land.



Presse- Reaktionen

Aufgrund der parallel stattfindenden Präsidentschaftswahlen lag der Fokus der Berichterstattung in Litauen eher auf dem neuen Staatsoberhaupt als auf der Wahl zum Europäischen Parlament.

Mit Blick auf die Europawahl wurde vor allem hervorgehoben, dass die Parteien, die im Nationalparlament in Vilnius in der Opposition sind, die Wahl zum Europäischen Parlament gewonnen haben und nun mehr Abgeordnete nach Brüssel schicken.

KAS-Analyse

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl wurde durch das gestiegene Interesse an der parallel stattfindenden Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten positiv beeinflusst. Die beiden Oppositionsparteien (konservativer Vaterlandsbund-Litauische Christdemokraten und sozialdemokratische LSDP) erhielten die meisten Stimmen und werden damit die größte Anzahl an Abgeordneten ins Europäische Parlament entsenden. Das laut Eurobarometer große Vertrauen der litauischen Bevölkerung in die EU spiegelt sich in einem sehr pro-europäischen Wahlergebnis wider. EU-skeptische oder -kritische Parteien haben in Litauen auch weiterhin keinen nennenswerten Zulauf.

Von den fünf angetretenen gesellschaftlichen Wahlkomitees schaffte eines den Sprung ins Europäische Parlament und wird mit einer Abgeordneten in Brüssel und Straßburg vertreten sein. Dr. Aušra Maldeikienė, Wirtschaftswissenschaftlerin und nationale Parlamentsabgeordnete, hatte ihr Komitee kurz vor der Wahl gegründet und will sich einer pro-europäischen Fraktion im Parlament anschließen. Mit Blick auf die Wahlkomitees muss abgewartet werden, ob diese sich auch zukünftig als Alternative zum herkömmlichen Parteiensystem institutionalisieren können, oder sich die etablierten Parteistrukturen durchsetzen können.



Lettland

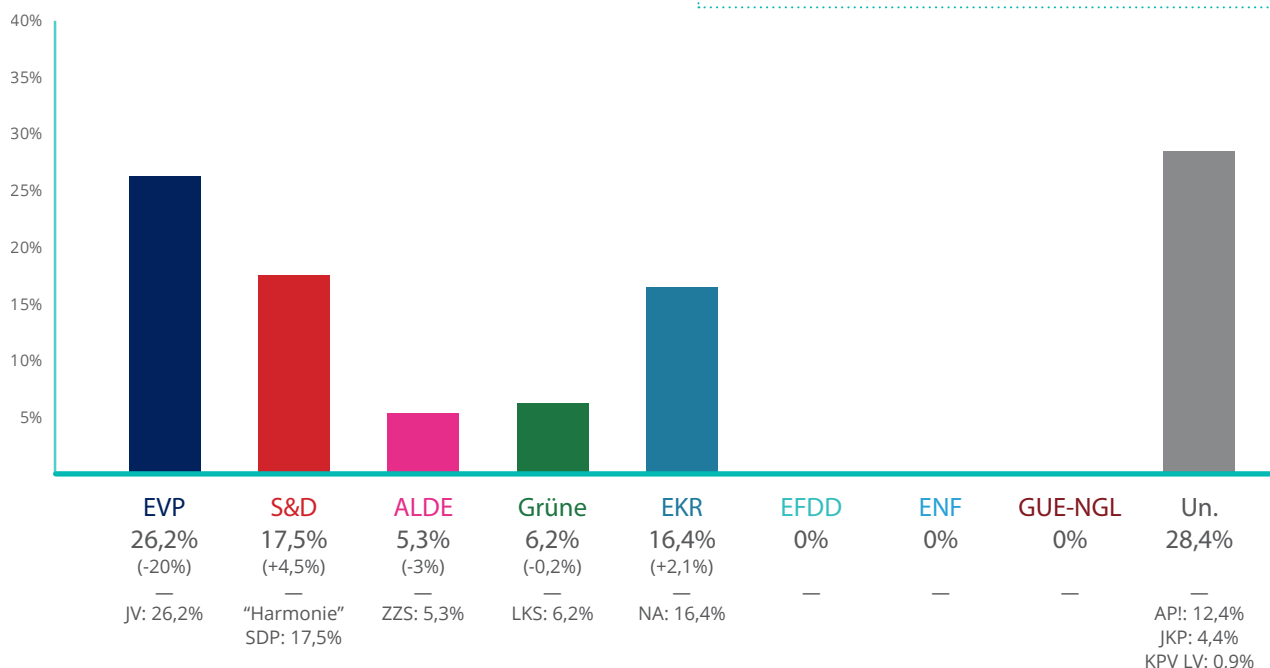


8 Sitze

Sperrklausel: 5%



34%



Sitze

2

2

0

1

2

0

0

0

1



Stärkste Partei

Die Partei Jaunā Vienotība (JV) wurde in dieser Form 2011 gegründet und ging aus einem Zusammenschluss von mehreren liberal-konservativen Parteien hervor. Auf nationaler Ebene musste sie bei den Wahlen 2018 Verluste hinnehmen, führt die aktuelle Koalitionsregierung in Riga jedoch mit Ministerpräsident Krišjānis Kariņš an. Auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der EVP-Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

Die bei den nationalen Parlamentswahlen zweitstärkste Kraft, die populistische und EU-skeptische KPV LV, stürzte im Zeitraum vor der Europawahl von 16 auf rund ein Prozent der Stimmen ab und scheiterte damit an der 5%-Hürde. Grund dafür waren vor allem interne Streitigkeiten, die sich auch national sehr negativ auswirkten. Die Partei war erst 2016 gegründet worden.

Spitzenkandidaten



Valdis Dombrovskis
Jaunā Vienotība (JV)



Nils Ušakovs
Partei "Harmonie" (SDP)



Roberts Zile
Nationale Allianz (NA)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst und der langwierigen Regierungsbildung sortierten sich vor allem die neuen Parteien und Bewegungen mit Blick auf die Europawahlen und stellten erstmals europäische Kandidaten auf. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament spielten vor allem die Themenbereiche Umwelt und Klima, Sicherheit sowie Landwirtschaft eine zentrale Rolle. In den Bereichen des EU-Binnenmarkts, des EU-Haushalts sowie der Haltung zu Migration ließen sich die größten Überschneidungen der lettischen Parteien feststellen. Die Fragen des Umgangs mit nationalen Minderheiten, der Arbeitsmigration sowie der Zukunft der EU zeigten dagegen durchaus unterschiedliche Einstellungen auf. Die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament ist in Lettland traditionell niedrig, was vor allem mit der Wahrnehmung begründet wird, dass man als kleines Land mit nur acht Sitzen im Parlament wenig ausrichten kann.



Presse- Reaktionen

Die nationale Presse griff vor allem den deutlichen Wahlsieg der in den letzten Jahren stark schwächelnden Konservativen auf und setzte diesen mit dem Gesamtergebnis in Zusammenhang.

Ein weiterer Schwerpunkt der lettischen Berichterstattung war die erneut niedrige Wahlbeteiligung, da man durch die neuen Möglichkeiten im Bereich der Stimmabgabe sowie der allgemeinen Stimmung in Europa mit einem höheren Wählerinteresse gerechnet hatte.

KAS-Analyse

Trotz Neuerungen bei den Möglichkeiten der Stimmabgabe (Wahllokale hatten bereits drei Tage vor dem Wahltag geöffnet und erstmals gab es die Möglichkeit, im Ausland zu wählen) blieb die Wahlbeteiligung auch in Lettland trotz Zuwachs deutlich niedriger als in anderen Mitgliedstaaten. Die Prozentzahl der Wählerinnen und Wähler spiegelt dabei jedoch den Anteil der Bevölkerung wider, der in Umfragen angibt, politisch interessiert zu sein. Überraschend stark schnitt die konservative Jaunā Vienotība ab, die ihre Krise der vergangenen Jahre überwunden zu haben scheint.

Nach wie vor ist die lettische Gesellschaft im Wahlverhalten entlang ethnischer Unterschiede gespalten. Die große Mehrheit der russischsprachigen Letten hat sich auch bei dieser Wahl für die sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Saskaņa SDP) oder die moskaufreundliche Russische Union Lettlands (LKS) entschieden und fühlt sich von anderen Parteien nicht adäquat vertreten. Die lettischsprachigen Wähler haben ihre Stimmen dagegen breiter vergeben. Im Gegensatz zur Parlamentswahl des letzten Herbsts spielten politische Erfahrung und Europa-kompetenz der Parteien Umfragen zufolge eine große Rolle bei der Wahlentscheidung.



Luxemburg



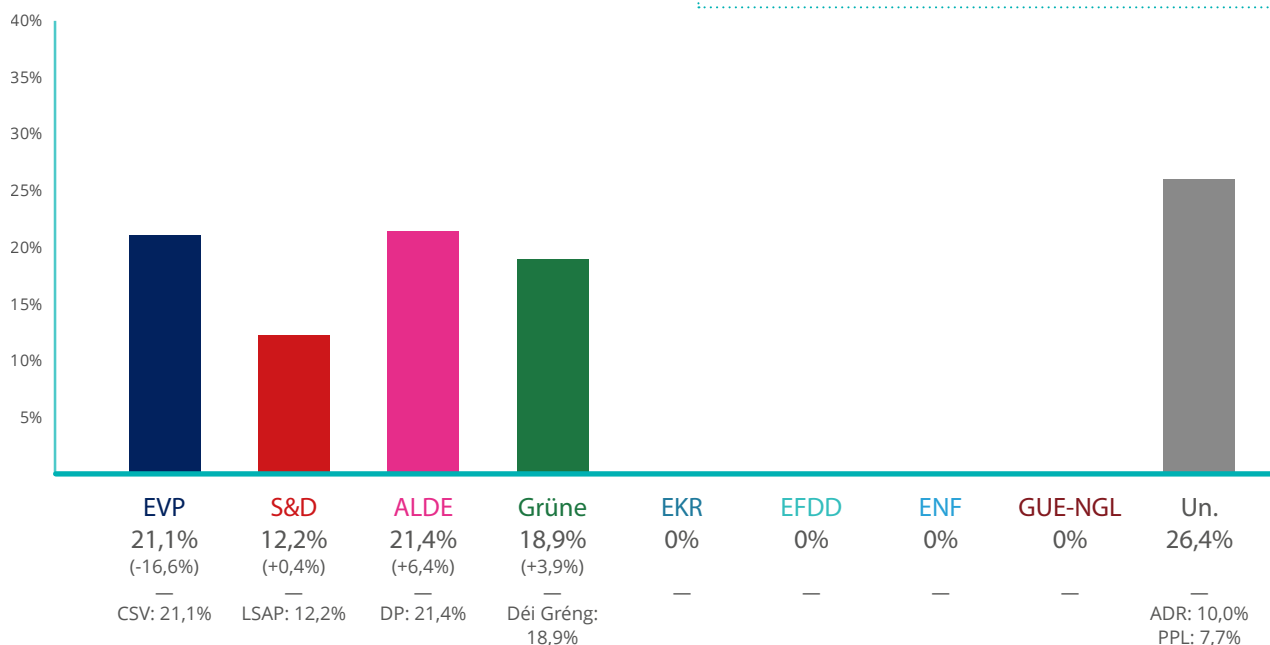
6 Sitze

Sperrklausel: keine



84%

(Wahlpflicht)



Sitze 2 1 2 1 0 0 0 0 0



Stärkste Partei

Die Demokratesch Partei (DP) ist eine liberale Partei, die mit Xavier Bettel zum zweiten Mal den Premierminister stellt. Aktuell regiert die DP in einer Koalition mit der LSAP und den Grünen. Auf Europäischer Ebene ist sie Teil der ALDE Fraktion und ein ausdrücklicher Befürworter der EU.



Erwähnenswerte Partei

Déi Gréng, die grüne Partei Luxemburgs, wurde 1983 gegründet. Die einstige Protestpartei, die aus einer Anti-Atomkraftwerk und Friedensbewegung hervorging, nahm 2013 erstmals an der Regierung teil und ist heute die viertstärkste Kraft im Parlament. Déi Gréng wird von der Doppelspitze aus Djuna Bernard und Christian Kmiotek geführt. Die Partei steht primär für ein grünes und soziales Europa.

Spitzenkandidaten



Christophe Hansen
Christlich Soziale Volkspartei



Charles Goerens
Demokratesch Partei



Tilly Metz
Déi Gréng



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach den Parlamentswahlen 2018 blieb in Luxemburg die seit 2013 regierende Dreier-Koalition aus der liberalen Demokratischen Partei (DP), der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP) und den Grünen (Déi Gréng) im Amt. Die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) ging als zahlenmäßig stärkste Kraft hervor, musste jedoch erneut in die Opposition. Derzeit bestimmen der Klimaschutz und soziale Themen wie der europäische Mindestlohn den gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Zudem wurde kürzlich durch die „Affäre Bausch“ eine potentielle Einmischung des grünen Ministers François Bausch in die Justiz, eine Debatte über die Gewaltenteilung im Land angestoßen. Die Oppositionspartei Déi Lénk forderte eine Prüfung des Verhältnisses zwischen Justiz und Regierung in Luxemburg, während die CSV sich gegen eine politische Untersuchung entschieden hat.



Presse- Reaktionen

Vom europaweit zu beobachtenden Grünen-Aufschwung profitieren auch Déi Gréng in Luxemburg, die Partei wird drittstärkste Kraft im Land (L'essentiel)

Die liberale Partei von Premierminister Xavier Bettel hat einen historischen Wahlsieg errungen. (sr.de)

CSV erstmals nicht mehr stärkste Europapartei: „Die Niederlage ist hausgemacht; die Wähler bestätigen, dass die Liste bestenfalls B-Format hatte.“ (Luxemburger Wort)

KAS-Analyse

Die Ergebnisse in Luxemburg verstärken einen Trend, der bereits mit den Kammerwahlen im Oktober 2018 begonnen hat und der sich zu Teilen auch auf europäischer Ebene abzeichnet: Die konservative CSV verliert ihren Platz als stärkste Kraft im Europaparlament, büßt massiv an Stimmen ein und wird von der liberalen DP überholt. Die Grünen können erneut einen Erfolg erringen und zeigen damit, dass auch das Bewusstsein der Luxemburger für Umweltthemen zurzeit groß ist. Mit dem Erfolg sollte in den kommenden Monaten allerdings auch der Druck auf die Partei wachsen, konkrete Ergebnisse zu liefern. Bemerkenswert ist, dass sich Luxemburg im Hinblick auf das rechtskonservative Politikspektrum von zahlreichen anderen Mitgliedsstaaten unterscheidet. Trotz des europaweiten Aufwärtstrends, kann die ADR keinen Platz im Parlament erringen. Fazit: Vor allem der geschickte Einsatz ihrer Spitzenkandidaten wie Charles Goerens scheint das Erfolgsrezept der liberalen Wahlsieger in Luxemburg zu sein. Das Land hat für „starke Köpfe“ gestimmt und mit dem historisch tiefen Wahlergebnis der christsozialen CSV, reiht sich die Partei in eine europaweite Entwicklung ein: eine Zersplitterung der Parteienlandschaft und das Fehlen klarer Mehrheiten. Somit erhielt die aktuelle Regierung in Luxemburg Zustimmung, gleichzeitig erhöht sich der Druck auf die Erfolgsparteien, Ergebnisse zu liefern und die Notwendigkeit des Umdenkens für die CSV.



Malta

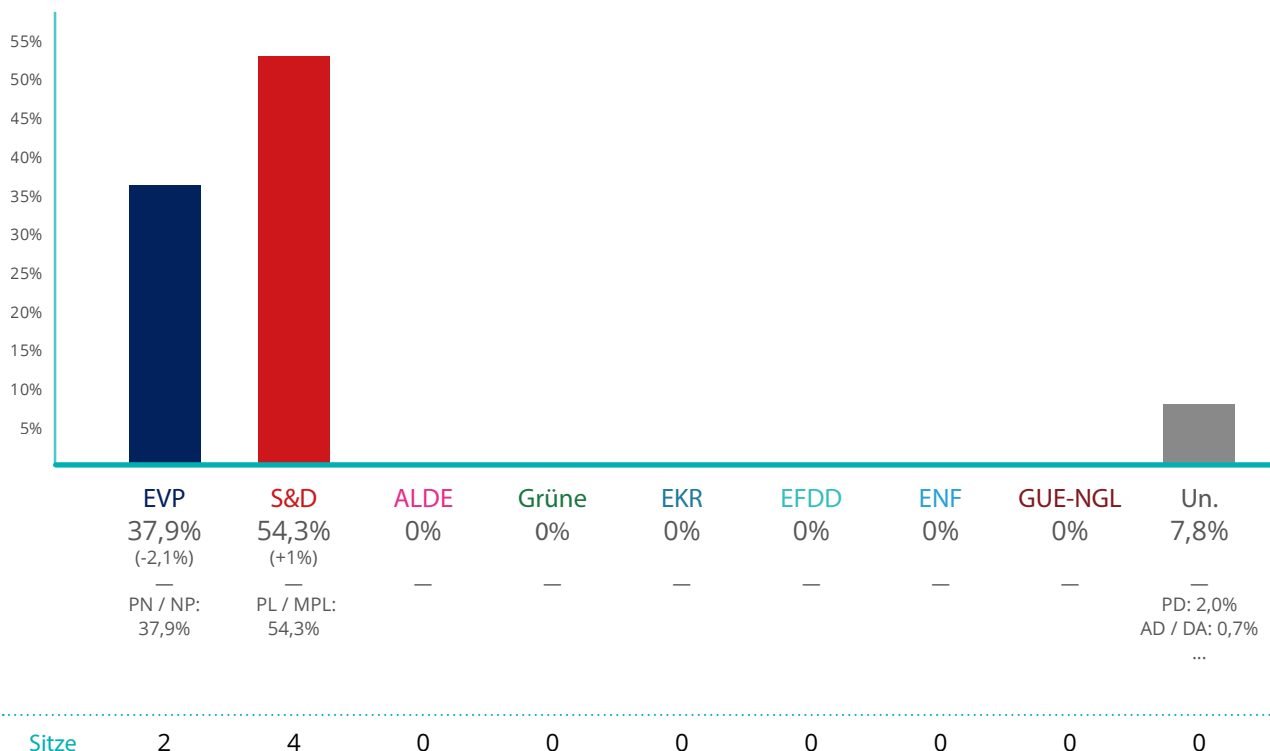


6 Sitze

Sperrklausel: keine



73%



Stärkste Partei

Derzeit liegt die sozialdemokratische Partit Laburista, die 1992 gegründet wurde, mit 15 Prozentpunkten vor der christdemokratischen PN, die in Umfragen bei rund 19 Prozent liegt. Die PL unter der Leitung von Joseph Muscat, tritt mit 14 Kandidaten und dem Slogan „Malta in our heart“ an. Auf Europäischer Ebene gehört sie der S&D Fraktion an.



Erwähnenswerte Partei

Die christdemokratische Partit Nazzjonalista wurde 1880 als „Anti-Reform-Partei“ gegründet, um Opposition gegen die Kolonialmacht Großbritannien zu beziehen. 2004 führte die PN, die der EVP-Fraktion angehört, Malta in die EU. Lange Zeit hatte die Partei eine enge Verbindung zur Katholischen Kirche und ist bekannt für das Eintreten für Menschenrechte.

Spitzenkandidaten



Joseph Muscat
Partit Laburista



Adrian Delia
Partit Nazzjonalista



Wahlentscheidende Entwicklungen

Malta verfügt über ein Zwei-Parteien-System mit ungefähr gleich großen Parteien. Seit März 2013 regiert die sozialdemokratische Partit Laburista (PL), die bei den Wahlen im Juni 2017 als Regierungspartei bestätigt wurde (55%). Die PL löste damit die seit 1998 regierende christdemokratische Partit Nazzjonalista (PN) ab. Die wichtigsten Themen bei der Europawahl sind für beide Parteien Korruption, Geldwäsche und die Herausforderungen durch Migration. Adrian Delia, Chef der PN, warf der Regierungspartei vor, sie wolle die Abtreibung auf Malta legalisieren. Das werde mit der PN nicht passieren, so Delia. Auf Malta sind 98% der maltesischen Bevölkerung römisch-katholisch.



Presse- Reaktionen

Durchbrechender Erfolg der Labour Party. Sie hat auf EU-Ebene das beste Ergebnis eingeholt. Nach dem bescheidenem Wahlergebnis der PN erhöht sich der Druck auf den Parteivorsitzenden Delia: Dieser schließt einen Rücktritt aus und bestätigt, „unermüdlich weitermachen“ zu wollen. Eine Kursänderung sei jedoch notwendig. Tausende PN-Wähler haben nach Einschätzung von Blogger Manuel Delia der Partei nur ihre Stimme gegeben, weil die Abgeordneten Roberta Metsola and David Casa für die Partei angetreten sind.

KAS-Analyse

Die innenpolitischen Folgen des Wahlergebnisses zeigen sich in den nächsten Tagen: Am Mittwoch wird mit der Auszählung der Kommunalwahlen begonnen, die in allen 68 Gemeinden stattgefunden hat. Es ist abzuwarten, wie die beiden großen Parteien hier abschneiden. In zwei als „PN-Gemeinden“ bezeichneten Städten war die Wahlbeteiligung beispielsweise sehr gering.

Premierminister Joseph Muscat, der mit der PL einen triumphalen Sieg eingefahren hat, hat bereits in der Vergangenheit angekündigt, dass er auf nationaler Ebene nicht wieder antreten will. Sein Mandat läuft noch bis 2022. Seit geraumer Zeit liebäugelt er mit einer Aufgabe in Brüssel. Nach seinem Wahlerfolg rechnet er sich gute Chancen dafür aus. Welches Amt er auf europäischer Ebene anstrebt, ist unklar.

Die rechtsaußenstehende Partei Imperium Europa des Holocaust-Leugners Norman Lowell hat viele Stimmen dazu gewinnen können. Obwohl weitere rechtspopulistische Parteien angetreten sind, hatte er mit Abstand die meisten Wähler aus diesem Lager mobilisieren können.

Die Malteser durften sich erstmals mit 16 Jahren an der Wahl beteiligen. Davon konnte vorrangig die PL profitieren, die Neu- und Jungwähler mobilisierte. PN hat viele Wählerstimmen verloren – vor allem, weil traditionelle PN-Wähler der Wahl fern blieben.



Niederlande

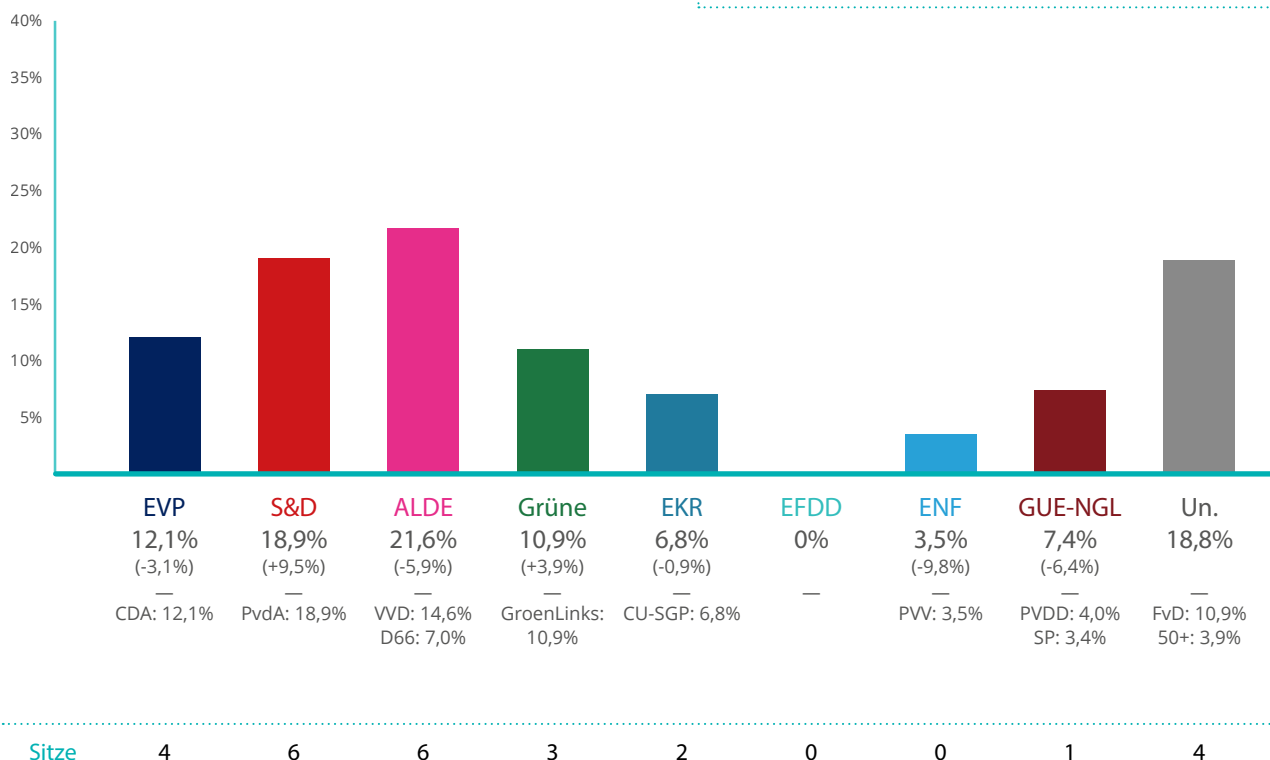


26 Sitze

Sperrklausel: keine



42%



Stärkste Partei

Die Partei der Arbeit (PvdA) wurde in ihrer heutigen Form 1946 gegründet und ist eine Partei mit sozialdemokratischer Ausrichtung. Auf europäischer Ebene stellt sie mit Frans Timmermans den Spitzenkandidaten der S&D-Fraktion. Auf nationaler Ebene ist sie größte Oppositionspartei und war in den Prognosen zur Europawahl deutlich schwächer eingeschätzt worden.



Erwähnenswerte Partei

Das Forum für Demokratie (FvD) wurde 2015 gegründet und gilt als rechtspopulistisch und EU-skeptisch. Es strebt ein Referendum über die Mitgliedschaft in der Eurozone und letztlich in der EU an und wurde bei den Provinzwahlen im März 2019 erstmals stärkste politische Kraft. Bei der Europawahl schnitt es dagegen deutlich schwächer ab als erwartet.

Spitzenkandidaten



Frans Timmermans
PvdA



Malik Azmani
VVD



Esther de Lange
CDA



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach den Provinzwahlen, die am 20. März 2019 stattfanden und den Regierungsparteien deutliche Verluste einbrachten, waren die Europawahlen der zweite Urnengang innerhalb weniger Wochen. Im Vorfeld der Wahlen versuchten die etablierten Parteien, europäische Themen in den Vordergrund zu rücken und fokussierten sich dabei vor allem auf eine weitere Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Aufbau einer Europäischen Armee wurden dabei immer wieder speziell thematisiert. Unterdessen versuchten die Sozialistische Partei sowie das rechtspopulistische Forum für Demokratie mit einem EU-skeptischen Kurs, nationale Themen wie Zuwanderung oder Energie- und Umweltfragen zu setzen und diese gegen die Institutionen der Europäischen Union zu richten.



Presse- Reaktionen

Lage im europäischen Parlament wie in den Niederlanden: Es werden drei oder vier Parteien für eine stabile Mehrheit benötigt. (NOS)

Timmermans war einziger Kandidat mit hohem Bekanntheitswert, was Einfluss auf das Resultat hatte. Zunahme bei Sozialdemokraten sorgt dafür, dass PVV und SP nicht mehr im Parlament vertreten sind. Forum und Links/Grün sind weitere Gewinner der Wahl. (De Volkskrant)

KAS-Analyse

Der Wahlsieg der Sozialdemokraten kam für viele Beobachter - auch aufgrund von anderslautenden Prognosen - überraschend, wird jedoch weitgehend der Rolle des nationalen und europäischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans zugeschrieben. Zweistärkste Kraft wurde die in den meisten Umfragen favorisierte VVD von Ministerpräsident Mark Rutte, die im Vergleich zur vorhergegangenen Wahl leicht zulegen konnte. Die liberale Partei D66 (2014 noch Wahlsieger) musste deutliche Verluste hinnehmen und halbierte ihren Stimmenanteil, der christdemokratische CDA schnitt ebenfalls schwächer ab als 2014, jedoch deutlich besser als in den Umfragen.

Der befürchtete Rechtsruck ist ausgeblieben. Das erst vor wenigen Jahren gegründete Forum für Demokratie um Parteichef Thierry Baudet, welches im März bei den Provinzwahlen stärkste Kraft wurde, kam auf 10,9 Prozent der Stimmen und blieb damit deutlich hinter den eigenen Erwartungen zurück. Die bereits länger existierende rechtspopulistische PVV um Geert Wilders landete mit 3,5 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem zehnten Rang und wird künftig nicht mehr im Parlament vertreten sein.



Österreich

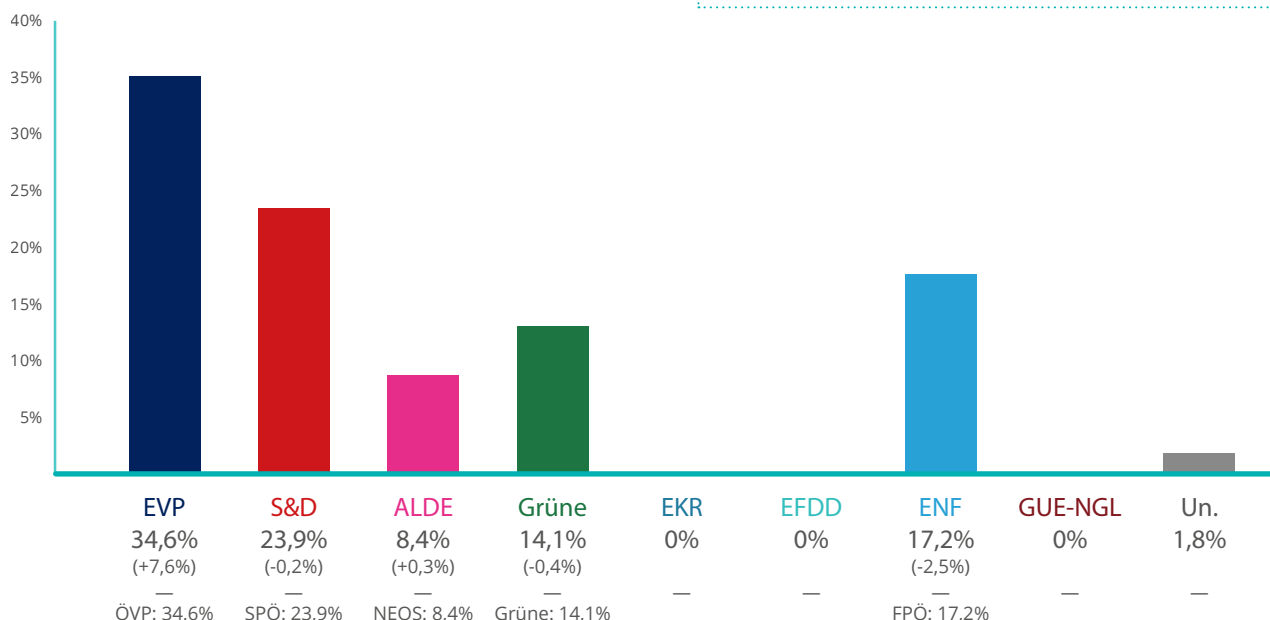


18 Sitze

Sperrklausel: 4%



60%



Sitze 7 5 1 2 0 0 3 0 0

Die neue Volkspartei

Stärkste Partei

Die neue Volkspartei (ÖVP, christdemokratisch/ EVP): Kanzlerpartei seit 2017, bis zum Bruch in Koalition mit der populistischen FPÖ; in der Regierung seit 1987.

Seit 2017 Hybrid aus Partei und Bewegung (trug maßgeblich zum Sieg der ÖVP bei der Parlamentswahl 2017 bei). Für den Einzug in das Europaparlament ist ausschließlich die Reihung durch Vorzugsstimmen relevant.



Erwähnenswerte Partei

Die Grünen sind der zweite große Sieger der EP-Wahl in Österreich: Die Partei war bei der letzten Parlamentswahl aufgrund interner Streitigkeiten und einer Parteispaltung aus dem Parlament gefallen. Nun geben die Grünen mit 13% ein unerwartet kräftiges Lebenszeichen von sich – auch auf Kosten der SPÖ.

Spitzenkandidaten



Othmar Karas
Die neue Volkspartei (ÖVP)



Harald Vilimsky
FPÖ



Andreas Schieder
SPÖ



Wahlentscheidende Entwicklungen

Der Wahlkampf ging zunächst unaufgeregt von-
statten: Hier die schon bisher stärkste Partei ÖVP
(seit jeher pro-europäische Kraft, die aus stra-
tegischen Gründen auch „konstruktive“ EU-Kritiker
für sich gewinnen wollte); da eine mitregierende
FPÖ, die offen um jene Wähler warb, die in der EU
eine schlechte Sache sehen; daneben eine schwa-
che Opposition, die mit Ausnahme der inhaltlich
und rhetorisch professionell agierenden liberalen
NEOS wenig zu bieten hatte.

Das Erdbeben kam acht Tage vor der Wahl durch
„Ibiza-Gate“: Ein Video unklarer Herkunft, das den
Vizekanzler und Vorsitzenden der kleineren
Regierungspartei FPÖ massiv belastete und in
weiterer Folge zum Ende der erst seit Herbst 2017
bestehenden Koalitionsregierung unter Bun-
deskanzler Kurz (ÖVP) führte.



Presse- Reaktionen

„Nach dem blauen Ibiza-Skandal verliert
ausgerechnet die FPÖ wenig, ihr Ex-
Regierungspartner ÖVP triumphiert. Für
die SPÖ ist das ein wahres Desaster.“
(Die Presse, bürgerlich)

„SPÖ-Bundesgeschäftsführer freut sich
über gestiegene Wahlbeteiligung: Schon
(unheilbarer) Realitätsverlust oder
noch (heilbare) Realitätsverweigerung?“
(Profil, links)

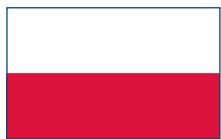
„Die Österreicher wollen Sebastian Kurz
an der Spitze der österreichischen
Politik.“ (Die Krone, Boulevard)

KAS-Analyse

Vor dem Ibiza-Video hatte Kanzler Kurz mit starken europapolitischen Ansagen Leben in den bis dahin ruhigen Wahlkampf gebracht. Das Ibiza-Video machte jedoch die Innenpolitik zum Thema. Die Auswirkungen auf die Wahl waren nicht abschätzbar. Die SPÖ konnte über-
raschenderweise nicht von den politischen Verwerfungen profitieren und stagniert auf
mäßigem Niveau. Die FPÖ wiederum kam in Anbetracht der Umstände sehr glimpflich davon.
Sie konnte trotz allem einen großen Teil ihrer Stammwähler mobilisieren.

Im September wird eine vorgezogene Parlamentswahl stattfinden. Die SPÖ geht nun
geschwächt in diese Wahl. Ob der Misstrauensantrag gegen Kurz ihr hilft, ist fraglich, denn
der Kanzler genießt hohe Popularität. Die ÖVP wird erneut mit Kanzler Kurz antreten und hat
gute Chancen auf Zugewinne. Diese wird sie für eine künftige Koalition auch benötigen, da SPÖ
und FPÖ derzeit als mögliche Partner schwer vorstellbar sind. Zum Zünglein an der Waage
hingegen könnten NEOS und möglicherweise die Grünen werden, deren Wiedereinzug in den
Nationalrat gelingen dürfte.

Eine Veränderung der grundsätzlich pro-europäischen österreichischen Europapolitik ist mit
diesem Wahlergebnis nicht zu erwarten.



Polen



51 Sitze

Sperrklausel: 5%



46%



Stärkste Partei

Die stärkste Partei in Polen ist die Partei PiS, die seit 2015 im Sejm die absolute Mehrheit inne hat. Sie ist EU-kritisch, zeichnet sich durch ihre Sozialpolitik (u.a. Kindergeld) sowie ihre national-konservative Weltanschauung aus. Eine vertiefende Integration der EU sieht sie skeptisch und verlangt stattdessen, wieder mehr Kompetenzen an die Nationalstaaten zu übertragen.



Erwähnenswerte Partei

Unter der Führung der liberalen Bürgerplattform (PO) wurde ein breites, pro-europäisches Wahlbündnis namens "Europäische Koalition" geschlossen. Neben den EVP-Mitgliedern PO und Bauernpartei (PSL) sind auch sozial-demokratische, grüne und liberale Parteien vertreten. Im April wurde das gemeinsame Programm präsentiert in welchem pro-EU Positionen der gemeinsame Nenner sind.

Spitzenkandidaten



Jerzy Buzek
Koalicja Europejska



Beata Szydło
PiS



Robert Biedroń
Wiosna



Wahlentscheidende Entwicklungen

Polens Wirtschaft entwickelt sich ungebrochen positiv. Mit einem realen Wachstum von 5,1% im vergangenen Jahr und einem prognostizierten Anstieg des BiPs von 4% für 2019 zählt die polnische Wirtschaft zu den Champions in der EU. Die Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wende im Jahr 1989 und in Umfragen bewerten 69% der Polen ihre wirtschaftliche Situation positiv, der höchste Wert seit Beginn dieser Umfrage.

Seit 2015 wurden umfangreiche Sozialprogramme eingeführt: Kindergeld für Familien mit mehr als einem Kind, Baugeld für junge Familien, Absenkung des Renteneintrittsalters und Arzneimittel für Rentner wurden vergünstigt. Die Regierung will im Mai 2019 allen Rentnern eine einmalige zusätzliche Rente auszahlen, das Kindergeld erweitern, junge Arbeitnehmer steuerlich entlasten und den ÖPNV ausbauen.



Presse- Reaktionen

„Die Revolution ist ausgeblieben“ kommentiert Polityka das Ergebnis der Europawahlen. Zwar hätten EU-Skeptiker im EP Stimmen gewonnen. Andere proeuropäische Gruppen hätten den Verlust der großen Parteien (EVP, S&D) jedoch ausgeglichen. Alle Medien berichten über die hohe Wahlbeteiligung als Zeichen der erfolgreichen Wählermobilisierung und weisen auf die Polarisierung im Land hin. Den Sieg der Regierungspartei führen sie auf das Wahlprogramm mit nationalem Fokus und sozialen Anreizen zurück.

KAS-Analyse

Das Wahlergebnis bestätigt die Kräfteverhältnisse in Polen. Mit 45,6% der Stimmen siegte die PiS und setzte sich gegen die proeuropäische Koalition (38,3%) durch. Dritte Kraft, die mit 6% ins EP einzieht, wurde die progressiv-liberale Partei Wiosna, die junge, städtische Wähler für sich gewann. Im Wahlkampf, der als Generalprobe für die Parlamentswahlen im Herbst galt, setzte die Regierungspartei auf umfangreiche Sozialprogramme als dominierendes Thema. Eine Entscheidung über die Ausrichtung Europas oder gar ein Referendum über Polens Mitgliedschaft in der EU, wie von der Opposition heraufbeschworen, waren diese Wahlen nicht. Überraschend fiel die Wahlbeteiligung aus. Die höchste Quote jemals bei EP Wahlen (43,8%) gibt der PiS ein solides Mandat. Sie geht somit gestärkt in den Wahlkampf im Herbst und wird mit neuem Selbstbewusstsein die Fraktionszugehörigkeiten im EP prüfen. Mit 27 Mandaten wäre sie stärkstes Mitglied der Europäischen Konservativen und Reformer – doch müsste sie andere Abgeordnete oder Parteien für sich gewinnen, um nicht von den Europaskeptikern und Rechtspopulisten marginalisiert zu werden.



Portugal

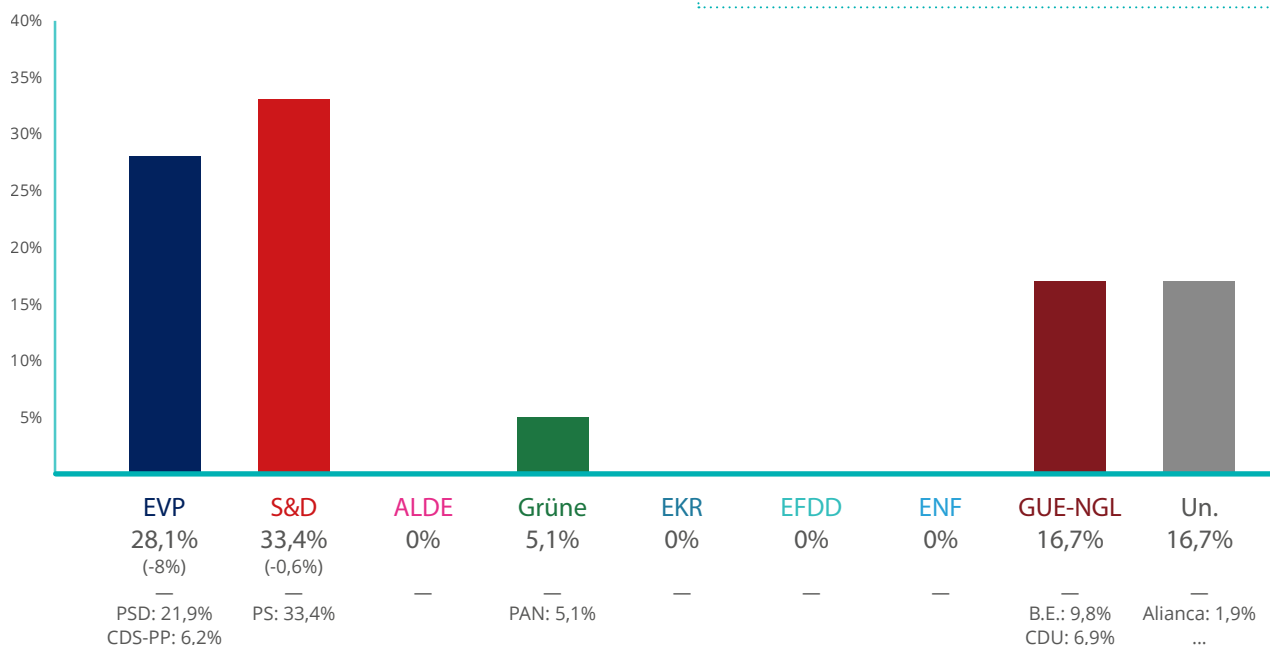


21 Sitze

Sperrklausel: keine



31%



Sitze: 7 9 0 1 0 0 0 0 4 0



Stärkste Partei

Die Partido Socialista (PS) bildet trotz ihrer Wahlniederlage 2015 bis dato eine sozialistische Minderheitsregierung in einem einmaligem Bündnis mit linken Parteien. Die Partei kritisierte EU-Sparmaßnahmen im Rahmen der Finanzkrise heftig und machte nach Regierungsantritt eine Vielzahl der etablierten Maßnahmen für Einsparungen wieder rückgängig. Generalsekretär der PS ist António Coasta.



Erwähnenswerte Partei

Die 1974 gegründete Partido Social Democrata (PSD) ist die zweistärkste Partei in den Umfragen. Die Partei vertritt wirtschaftsliberale und konservative Werte und war zentrale Kraft bei der Umsetzung der von der EU geforderten Sparmaßnahmen. Die Partei befindet sich heute in der Opposition. 2018 wurde Rui Rio als Vorsitzender der Partei gewählt.

Spitzenkandidaten



Pedro Marques
Partido Socialista



Paulo Rangel
Partido Social Democrata



Marisa Matias
Bloco de Esquerda



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die informelle linke Regierungskoalition erwies sich auch im dritten Jahr als stabil dank positiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, der sozialistische Ministerpräsident Costa hat hohe Zustimmungswerte. Die Opposition tat sich unter diesen Umständen schwer, die Regierung unter Druck zu setzen. Möglicherweise kann die Regierungskrise von Anfang Mai das Ergebnis der Europawahl beeinflussen. Ministerpräsident Costa drohte mit seinem Rücktritt, sollte die Opposition die rückwirkende Aufhebung des Einfrierens von Lehrergehältern und damit hohe Haushaltsausgaben durchsetzen. Allgemein bemerkenswert ist, dass in Portugal keine nennenswerten links- oder rechtspopulistische Strömungen zu beobachten sind.



Presse- Reaktionen

“PS aguenta, PSD e CDS afogam-se, PAN estreia-se” (dt. PS bleibt standhaft, PSD und CDS gehen unter, PAN debütiert)
Público

“A vencedora das Europeias: a abstenção [...] E se querem procurar dois culpados [...]: classe política portuguesa e a União Europeia” (dt. Der Sieger der Europawahl: Die Wahlenthaltung - Und wenn Sie die zwei Schuldigen suchen: die politische Klasse Portugals und die Europäische Union)
Observador

KAS-Analyse

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern spielen rechts- und linksradikale Kräfte keine relevante Rolle bei dieser Wahl. Das portugiesische Volk hat allgemein eine positive Haltung gegenüber der EU. Zu beachten ist allerdings das Rekordtief der Wahlbeteiligung mit einer Enthaltung von beinahe 70%. Ein Großteil der Portugiesen sieht im Europäischen Parlament vor allem ein Instrument der großen Staaten und keine relevante Vertretung der portugiesischen Interessen mit 21 Europaabgeordneten und belegte am 26. Mai ihr Desinteresse an dieser Wahl.

Die Sozialistische Partei, welche aktuell in einem Linksbündnis regiert, gewann die Wahl mit einem klaren Vorsprung von mehr als 11%. Die beiden EVP-Parteien PSD und CDS-PP taten sich seit Beginn der Legislatur schwer, die Regierung unter Druck zu setzen. Sie erhalten die gleiche Anzahl an Sitzen wie 2014. Auch wenn die PSD sich vor wenigen Wochen noch Hoffnungen auf ein besseres Ergebnis machte, schaffte sie es nicht, ihr Ziel zu erreichen, Sitze hinzuzugewinnen.

Für eine Überraschung sorgte mit über 5% die umwelt- und tierpolitische Partei PAN, gegründet 2009, die 2015 zum ersten Mal einen Abgeordneten für das nationale Parlament stellte.



Rumänien

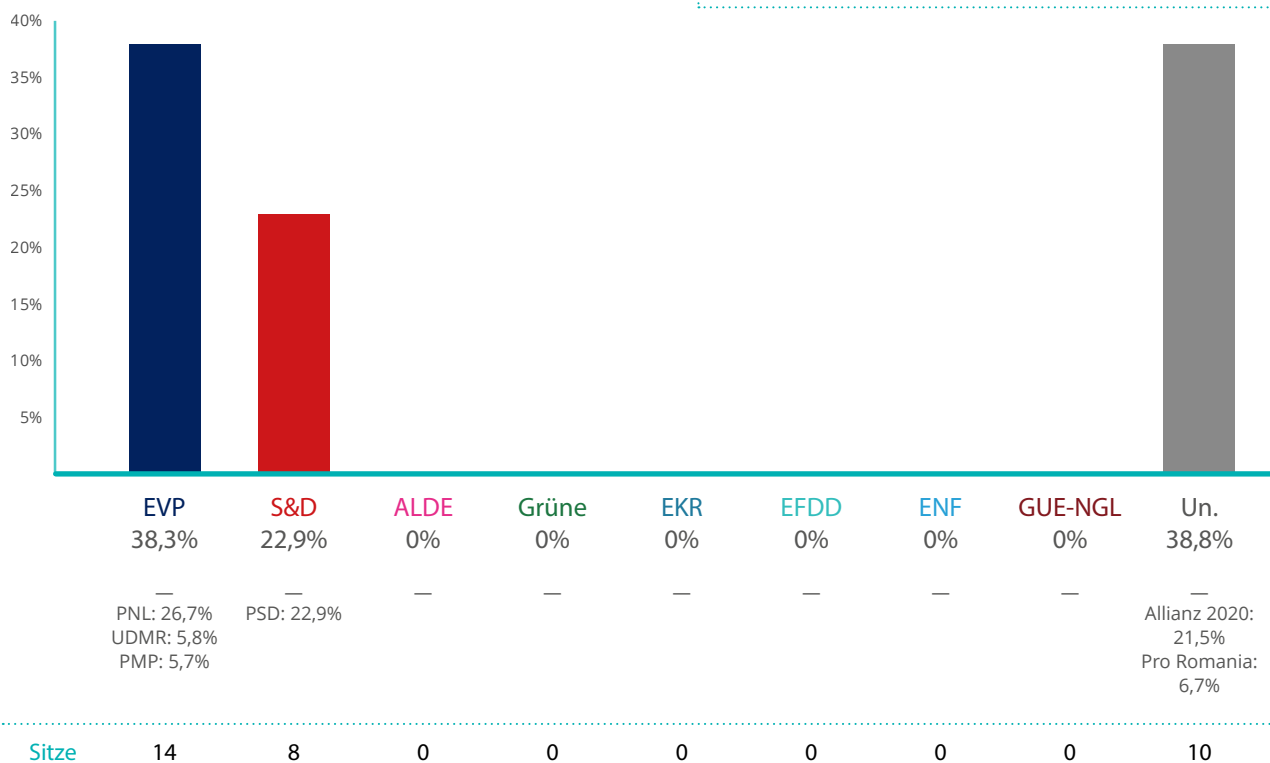


32 Sitze

Sperrklausel: 5%



51%



Stärkste Partei

Stärkste Kraft wurde die Nationalliberale Partei (PNL), die auch vom Präsidenten Klaus Iohannis unterstützt wird.

Die konservativ-liberale PNL hat sich als EVP-Mitglied klar als pro-europäische Partei positioniert und verteidigt in innenpolitischen Debatten die Rechtsstaatlichkeit wie auch die Vorteile der EU-Mitgliedschaft des Landes.



Erwähnenswerte Partei

Zweitstärkste Kraft in Rumänien ist die Sozialdemokratische Partei (PSD). Deren Vorsitzender Liviu Dragnea gilt als stärkster Politiker im Land. Die PSD beruht auf eine Mischung aus Sozialklientelismus und Nationalkonservatismus, sodass sie vielfach mit dem linksnationalistisch beschrieben wird. Sie inszeniert sich als Verteidiger rumänischer Interessen gegenüber „westlicher Bevormundung“.

Spitzenkandidaten



Rovana Plump
PSD



Rares Bogdan
PNL



Dacian Ciolos
Allianz 2020



Wahlentscheidende Entwicklungen

Zentral für den Ausgang der Europawahlen hat sich die seit über zwei Jahren andauernde Debatte über die Stellung der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung erweisen. Während die regierende Sozialdemokratische Partei (PSD) und ihr Koalitionspartner ALDE systematisch versuchen, die Unabhängigkeit der Justiz auszuhöhlen, haben sich Präsident Klaus Iohannis, die Opposition, v.a. die PNL (Nationalliberale Partei) und das Bündnis Romania 2020 ganz klar für die Stärkung des Rechtsstaates ausgesprochen.

Erstmals seit dem EU-Beitritt 2007 waren im politischen Diskurs der Regierungsparteien explizit euroskeptische Parolen und Wahlslogans zu verzeichnen. Insbesondere die PSD hat versucht, Rumänien als Opfer westlicher Interessen und als EU-Mitglied zweiter Klasse zu präsentieren, für das seitens von Brüssel Doppelstandards angewandt würden.



Presse- Reaktionen

Die massive Wahlbeteiligung wie auch das gute Ergebnis der PNL und der USR-PLUS wurden in der Presse als Protestvotum gegen die regierende PSD bzw. deren Vorsitzenden Liviu Dragnea gedeutet. Letzterer wurde am Folgetag rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch verurteilt. Dass der bislang mächtigste Politiker unmittelbar nach der Wahl eine Haftstrafe antreten musste, beherrschte neben dem Wahlsieg der Opposition die z.T. sehr kontroverse Medienberichterstattung.

KAS-Analyse

Bei der Europawahl in Rumänien, die zeitgleich mit einem vom Präsidenten Klaus Iohannis angesetzten Referendum zum Rechtsstaat stattfand, gab es eine unerwartet und für lokale Verhältnisse sehr hohe Wahlbeteiligung. Das Wahlergebnis kann vor allem als Protest gegen die regierende Sozialdemokratische Partei (PSD) gedeutet werden, die in den vergangenen zwei Jahren eine Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz und der Korruptionsbekämpfung in die Wege geleitet hat. PNL und USR-PLUS hatten demgegenüber auf eine Strategie klarer Abgrenzung von der PSD bei gleichzeitiger Verteidigung des Rechtsstaats gesetzt. Zusammen mit der Ablehnung der PSD v.a. in urbanen und bürgerlichen Mittelschichten konnten PNL und USR-PLUS Wählerpotentiale so weit stärker mobilisieren als die PSD. Die PSD geht aus der Wahl geschwächt hervor, obgleich sie im Vergleich zu früheren Wahlen in absoluten Zahlen kaum oder nur begrenzt Wähler verloren hat. Zudem sind die Stimmen für Pro Romania, einer Abspaltung der PSD, dabei demselben Wählerspektrum zuzuordnen. Allerdings konnte allein die PNL ihre Stimmenzahl seit der Parlamentswahl 2016 um 1 Million auf 2,4 Millionen steigern.



Schweden

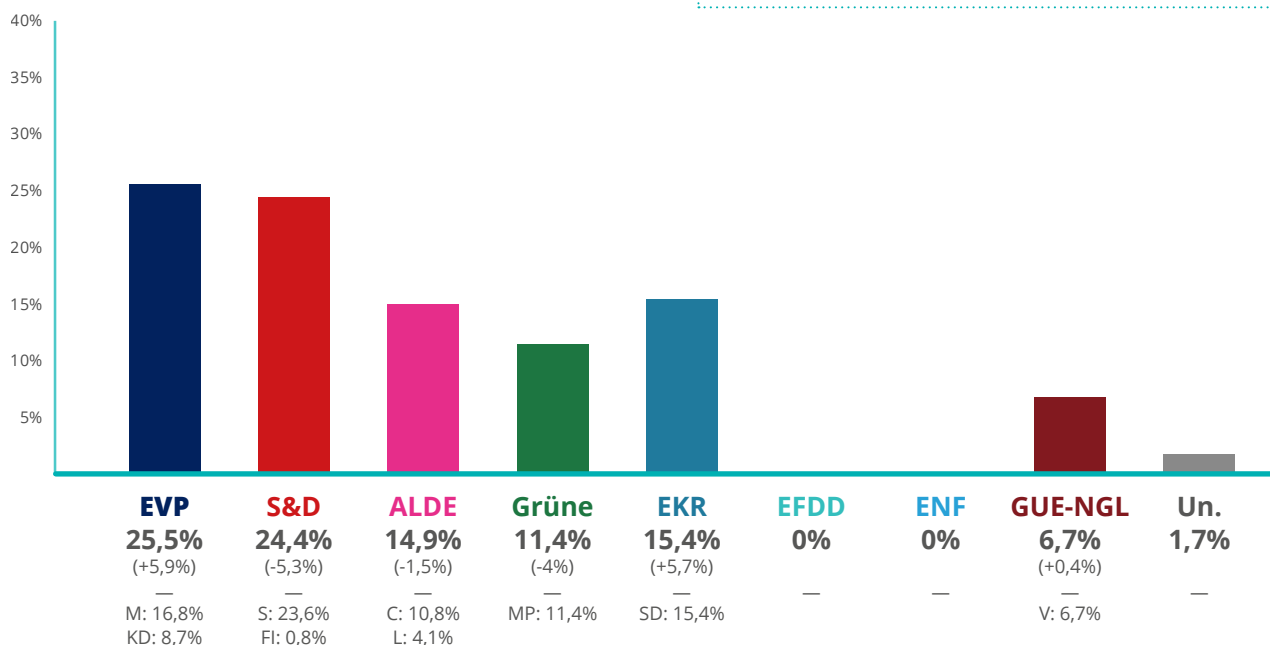


20 Sitze

Sperrklausel: 4%



55%



Sitze 6 5 3 2 3 0 0 1 0



Stärkste Partei

Die schwedischen Sozialdemokraten (S) wurden 1889 gegründet, sind damit die älteste Partei Schwedens und aktuell Anführer der Regierungskoalition in Stockholm. Sie setzen sich für den Kampf gegen Rechtsextremismus, die Stärkung der sozialen Gleichstellung in der EU sowie den Klimaschutz ein und sind auf europäischer Ebene Mitglied der S&D-Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

Die schwedischen Christdemokraten (KD) erleben unter der Vorsitzenden Ebba Busch Thor einen Höhenflug und stehen erstmals seit rund 20 Jahren konstant bei etwa 10% Zustimmung auf der nationalen Ebene. Die Partei setzt sich für christlich-soziale Werte und Familienpolitik ein und ist eine von zwei schwedischen Parteien, die auf europäischer Ebene Mitglied der EVP sind.

Spitzenkandidaten



Helene Fritzon
Sozialdemokraten (S)



Tomas Tobé
Mod. Sammlungspartei (M)



Sara Skyttedal
Christdemokraten (KD)



Wahlentscheidende Entwicklungen

In den Monaten vor der Europawahl stellten alle Parteien klar, dass sie keinen Austritt des eigenen Landes aus der EU anstreben, nachdem dies lange Zeit von der Linkspartei (V) und den rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) gefordert worden war. Diese wollen die Union nun mit Verbündeten von innen heraus verändern. Zuvor war die Zustimmung zur EU in der Bevölkerung auf ein Allzeit-Hoch angestiegen. Im Vorfeld der Wahlen spielten neben europäischen auch nationale Themen eine maßgebliche Rolle. Die von der Schwedin Greta Thunberg angestoßenen Schülerproteste für das Klima (Fridays for Future) schlugen sich bei fast allen Parteien in geänderten sowie ambitionierten Klimaschutzzielen in den Programmen nieder und führten zu einem Überbietungswettbewerb in dieser Frage.



Presse- Reaktionen

Svenska Dagbladet griff in seiner Wahlberichterstattung den "radikal neuen bzw. wiederkehrenden alten" Konflikt zwischen Liberalismus und Konservatismus auf, der für diese Wahl entscheidend gewesen sei und machte dies vor allem an Debatten zwischen der Zentrumspartei und den Christdemokraten deutlich.

Dagens Nyheter widmete sich dagegen Ministerpräsident Stefan Löfven (S) und vermutet, dass dieser aufgrund der Ergebnisse aufgetaucht haben dürfte.

KAS-Analyse

Das Wahlergebnis unterstreicht die pro-europäische Einstellung der Schweden, die auch EU-kritische Parteien dazu veranlasst hat, die Forderung nach einem Austritt des eigenen Landes aus der Union fallenzulassen. In diesem Zusammenhang spielt auch das Chaos in Großbritannien eine Rolle und dient dem traditionell eng mit London verbundenen Schweden gewissermaßen als mahnendes Beispiel. Im Wahlkampf nutzten die Parteien der Stockholmer Regierungskoalition die Chance, die eigenen Schwerpunkte von der nationalen auch auf die europäische Ebene zu heben und sich dabei von den Parteien rechts der Mitte abzugrenzen. Ob diese Einigkeit auch über den Wahltag hinaus in dieser Qualität bestehen wird, bleibt abzuwarten.

Aus EVP-Sicht ist das Ergebnis in Schweden sehr erfreulich, denn sowohl die Moderate Sammlungspartei (M) als auch die Christdemokraten (KD) haben im Vergleich zur vorherigen Wahl je einen Parlamentssitz hinzugewonnen. Der von vielen erwartete „Greta-Effekt“ hat sich zumindest für die Grünen nicht ausgezahlt. Sie verloren im Vergleich zu 2014 deutlich an Zustimmung und werden statt bisher mit vier Vertretern nur noch mit zwei Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein.

13 Sitze



23%



Dr. David J. Reardon is a portrait of a man with short, dark hair and a light beard, wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is looking slightly to the right of the camera with a neutral expression. The background is a plain, light-colored wall.



www.kas.de/bruessel



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die langjährige Regierungsdominanz, Korruptionsfälle sowie die aufgeheizte Stimmung in der Gesellschaft nach der Ermordung des Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten führten zu erheblichen Einbußen der bisher dominanten Regierungspartei Smer-SD. Der Ruf nach politischem Wechsel war deutlich spürbar und zeigte sich an der Wahl der Juristin und Umweltaktivistin Zuzana Čaputová zur Staatspräsidentin sowie der neuen Wahlkoalition „Progressive Slowakei – Gemeinsam“.

Die Unübersichtlichkeit der politischen Landschaft wurde durch die Existenz von Anti-Establishment-Parteien sowie der starken rechtsextremistischen LSNS mit befördert. Um die Wähler der traditionell christlichen Parteien haben sich gleich drei Gruppierungen mit dem „C“ im Namen bemüht. Wegen der 5%-Hürde ist ein Teil dieser Stimmen „verloren“ gegangen.



Presse- Reaktionen

„Die Europawahlen bestätigten den Trend des Wandels“, Tageszeitung SME, liberal

„Europawahlen: Triumph der Progressiven, Konservative leben“, online Zeitung Postoj, konservativ

„Das Hauptthema der Wahlen war der Kampf gegen die extremistische LSNS“, Direktor des Instituts AKO für die Wirtschaftszeitung Hospodárske noviny

„Trotz vierter Niederlage von SMER in Folge sieht Fico seine Partei im Aufwind und greift politischen Gegner an“ Tageszeitung Denník N, liberal, Progressive Slowakei nahe

KAS-Analyse

Die fast verdoppelte Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2014 deutet darauf hin, dass ein Teil der Wähler sich der Bedeutung der EP-Wahlen stärker bewusst geworden ist.

Das Ergebnis kann als Wahlsieg der pro-europäisch ausgerichteten Parteien bezeichnet werden.

Der Ruf nach einem Wechsel in der Politik auf nationaler Ebene spiegelt sich in dem Wahlsieg der neuen Koalition „Progressive Slowakei/Spolu“ mit 4 Mandaten wider. Die stärkste Regierungspartei SMER-SD erhielt 3 Mandate (-1 im Vergleich zu 2014), die Regierungspartner SNS und Most-Híd konnten die 5%-Hürde nicht überschreiten. Nationale Parlamentswahlen finden im Frühjahr 2020 statt.

Zum ersten Mal senden die Slowaken 2 Abgeordnete der rechtsextremistischen Partei „Volkspartei Unsere Slowakei“ (LSNS) in das EP.

Im Vergleich zu 2014 (6 Mandate für 4 EVP-Parteien) konnte die außerparlamentarische KDH ihre Position mit 2 Mandaten (davon 1 Mandat erst nach dem Brexit) behalten, die SMK scheiterte mit 4,96 % ganz knapp an der 5%-Hürde, Most-Híd erzielte mit 2,59% ein enttäuschendes Ergebnis. Die Partei Spolu will sich um die Mitgliedschaft in der EVP bewerben. So hätte die EVP-Fraktion 2 Abgeordnete mehr.



Slowenien

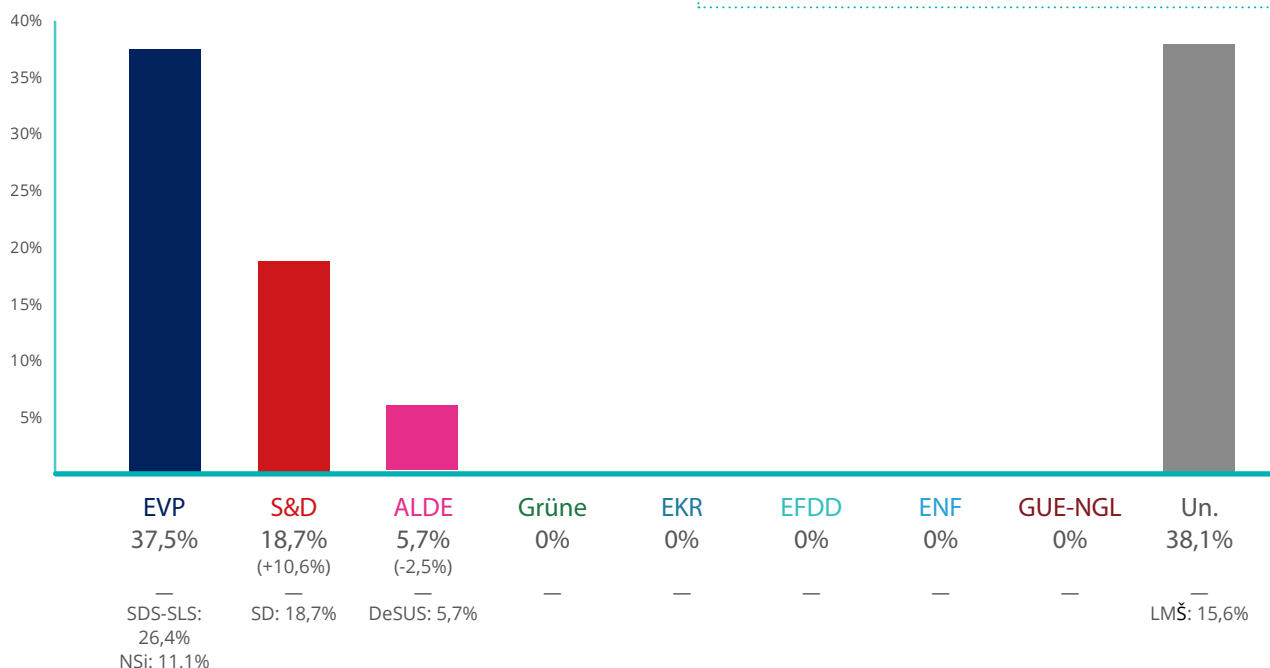


8 Sitze

Sperrklausel: 0%



28%



Sitze: 4 2 0 0 0 0 0 0 2



Stärkste Partei

Die SDS, eine konservativ, nationalkonservative Partei, EVP-Mitglied, ist seit März 2013 die stärkste Oppositionspartei. Janez Janša ist seit 1993 Parteichef; zwischen 2004-2008 und 2012-2013 war er Ministerpräsident Sloweniens. Bei der Europawahl 2019 trat die SDS zum ersten Mal mit einer gemeinsamen Liste (SDS-SLS) unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ an.



Erwähnenswerte Partei

Die „Liste Marjan Šarac“ (LMŠ) wurde 2014 gegründet. Marjan Šarac gilt als sozialliberal und pro-europäisch. Er regiert seit 2018 als Ministerpräsident mit einer Mitte-Links-Minderheitsregierung. Die Spitzenkandidatin bei der EU-Wahl ist eine (politisch unbekannte) Journalistin - das Motto für die EU-Wahl lautete „Wir schaffen es sowohl zu Hause, als auch in der EU“.

Spitzenkandidaten



Dr. Milan Zver
SDS



Tanja Fajon
SD



Irena Joveva
LMŠ



Wahlentscheidende Entwicklungen

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2018 ging die SDS (EVP-Partei) als stärkste Kraft hervor (25/90 Sitze), allerdings schaffte sie es anschließend nicht, eine Regierung zu bilden. Die LMŠ von Marjan Šarec hatte sich mit vier anderen Parteien auf eine Fünf-Parteien-Koalition mit 43 der 90 Sitzen im Parlament verständigt. Die linke Partei „Levica“ unterstützt die Regierung, aber ist formell kein Mitglied der Koalition. Zum dritten Mal in Folge avancierte somit der Chef einer neuen Partei zum Ministerpräsident.

Zur Europawahl traten zwei der drei EVP-Parteien (SDS und die nicht im Parlament vertretene SLS) gemeinsame als EU-Wahl-Liste an.



Presse- Reaktionen

Igor Kršinar, Reporter.si:

„Es ist davon auszugehen, dass die SDS ohne die SLS den dritten Sitz nicht gewinnen konnte.“

Matija Stepišnik, Večer.si:

„Näher betrachtet hat im Vergleich zu 2014 die linke Mitte einen Platz dazu gewonnen, sodass das Verhältnis zur rechten Mitte 4:4 ist.“

NOVA 24TV:

„Das wichtigste Ergebnis der Europawahl ist, dass die Marjan Šarc-Koalition keine Legitimität mehr besitzt und sich daher die Regierung so schnell wie möglich auflösen sollte“, so Analyst Iršič.

KAS-Analyse

Die Europawahl hat den proeuropäischen Kurs Sloweniens bestätigt. Die Mehrheit erzielte die slowenische EVP-Fraktion, obwohl sie mit vier Abgeordneten einen weniger hat als zuvor. Innerhalb der EVP ist es wichtig zu betonen, dass die größte Partei, SDS, und die außerparlamentarische Partei, SLS, bei der Wahl mit einer gemeinsamen Wahlliste kooperiert haben. Aufgrund der Vorzugsstimmen gelang es dem SLS-Vertreter den Einzug in das Parlament zu schaffen. Die Überraschung der Wahl ist, dass es den Sozialdemokraten gelungen ist, den ersten Sieg im linken Spektrum nach 2009 zu erringen. Die SMC-Partei, die der jetzige Außenminister führt, wurde von den Wahlergebnissen schwer getroffen (1,60%). Die Linke gilt als einer der größten Verlierer, weil sie die einzige Partei mit einer Kandidatin für die Führung der EK ist und nur 6,34% der Stimmen bekam. Von den fünf Parteien der Regierungskoalition, gelang es nur zwei Parteien (LMŠ und SD) Europaabgeordnete aufzustellen. Das könnte ein möglicher Grund für eine zukünftige Diskussion über die Stabilität der Regierung sein.



Spanien

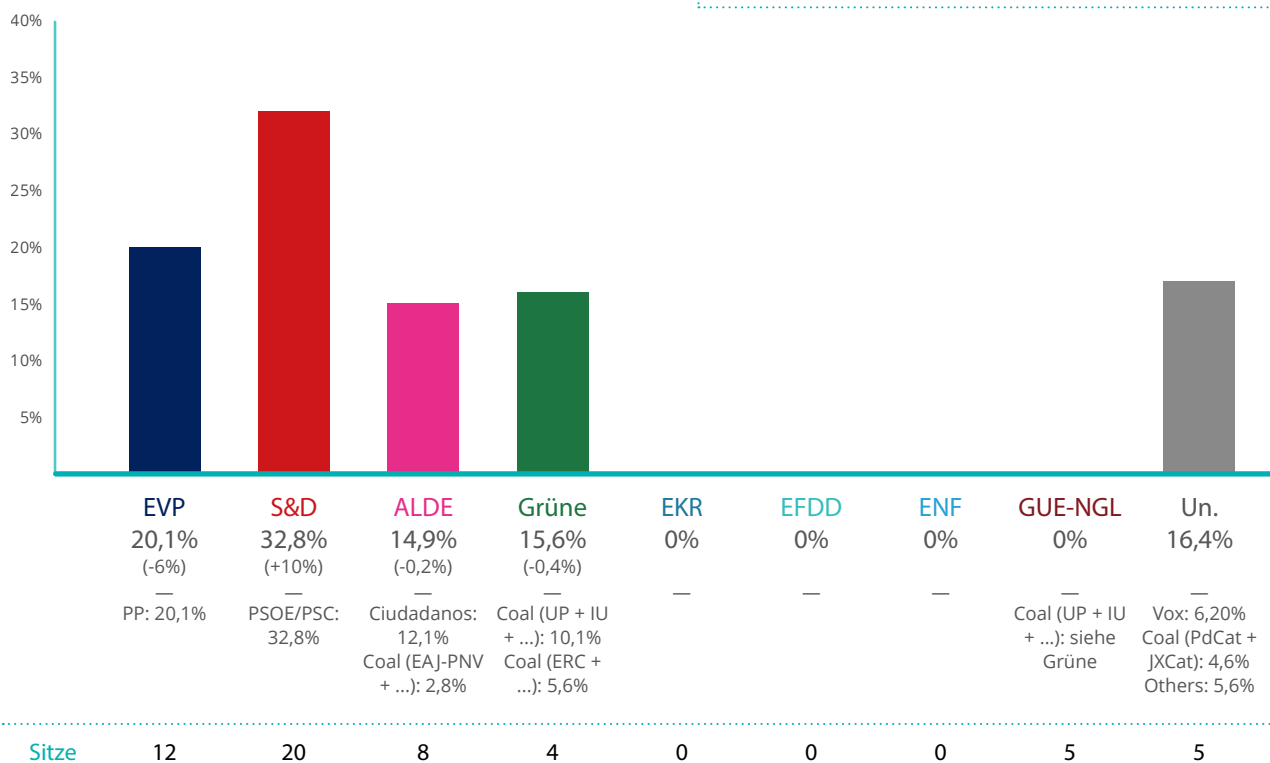


54 Sitze

Sperrklausel: keine



64%



Stärkste Partei

Die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE) wurde 1879 gegründet und hat aktuell 123 Mandate. Sie setzt sich für höhere Sozialausgaben, Steuern und Neuverschuldung ein und übernimmt teilweise Positionen von Podemos (siehe Haushalt 2018). Im Europäischen Parlament ist PSOE teil der S&D Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

Vox, unter ihrem Parteipräsidenten Conde, ist das rechtspopulistische Pendant zu Podemos und profitiert von Enttäuschten, die die Strategie der Zentralregierung in Katalonien ablehnen. Die Partei wurde 2013 von früheren Mitgliedern der Partido Popular (PP) gegründet. Die Angst vor Vox mobilisierte bei den Wahlen am 28. April 2019 viele linke Wähler.

Spitzenkandidaten



Dolores Montserrat
Partido Popular



Josep Borrell
Partido Socialista Obrero Español



María Eugenia Rodríguez Palop
Unidas-Podemos



Wahlentscheidende Entwicklungen

Im Juni 2018 gewann Pedro Sánchez (PSOE) dank Unidos-Podemos und der Nationalisten von PNV, ERC, PDECAT, Compromís, EH Bildu und Nuevas Canarias ein Misstrauensvotum gegen die PP aufgrund eines Korruptionsskandals. Den Haushalt 2018 trugen die katalanischen Nationalisten jedoch nicht mit. Für den 28. April rief Sánchez daher Neuwahlen aus. Die PSOE konnte nun ihre Position deutlich verbessern (123 Mandate, +39), aber die PP stürzte auf 66 Mandate ab (-71). Ciudadanos (C's) verdoppelte fast ihr Ergebnis auf 57 Mandate (+24) und die rechtspopulistische Vox zog erstmals ins Parlament ein (24). Mehrere Korruptionsskandale und der Wettbewerb mit C's und Vox haben die PP in der Vergangenheit geschwächt.



Presse- Reaktionen

“Die PSOE triumphiert im Europäischen Parlament mit einem Zugewinn von 6 Mandaten. Zuletzt hatte die PSOE 2004 die Europawahlen gewonnen, just zuletzt, als Josep Borrell damals schon der Spitzenkandidat war. Die PP mit Dolors Montserrat an der Spitze, muss mit einem Verlust von vier Mandaten herbe Verluste hinnehmen”.

El Mundo

KAS-Analyse

Die Europawahlen 2019 in Spanien gewann Spitzenkandidat Josep Borrell von den Sozialisten. Die PSOE ist mit 32,8% der Stimmen die meist gewählte Kraft. Zweiter wurde die Volkspartei PP, die vier Mandate verlor. Ciudadanos gewann fünf Mandate hinzu, was für Platz drei reicht. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die mittlerweile bedeutungslose UPyD in der letzten Wahlperiode vier Mandate errang, deren Wähler vermutlich fast vollständig Ciudadanos gewählt haben dürften. Trotzdem ist die mehr Verdreifachung der Mandate als großer Erfolg für die liberale Bürgerpartei des Zentrums zu werten. Für Platz vier reichte es nur für den linkspopulistischen Parteiverbund aus Izquierda-Unida und Podemos, “Unidas-Podemos”. Erreichten beide Parteien getrennt 2014 noch elf Mandate und 18%, so stürzten beide zusammen dieses Mal auf gemeinsame 6 Mandate und 10% ab. Damit geht Unidas-Podemos noch vor der PP als der dramatischste Verlierer aus den Europawahlen hervor.

Die Wahlbeteiligung erreichte nach einem Allzeittief im Wahljahr 2014 einen Spitzenwert von 64,31%. Dies liegt vor allem daran, dass die Europawahlen in Spanien alle 20 Jahre mit den Kommunal- und Regionalwahlen zusammenfallen, die die Menschen in viel stärkerem Maße mobilisieren. Die rechtspopulistische Vox zieht ins Europäische Parlament mit drei Abgeordneten ein, bleibt damit jedoch weit hinter den eigenen Erwartungen zurück.



Tschechien

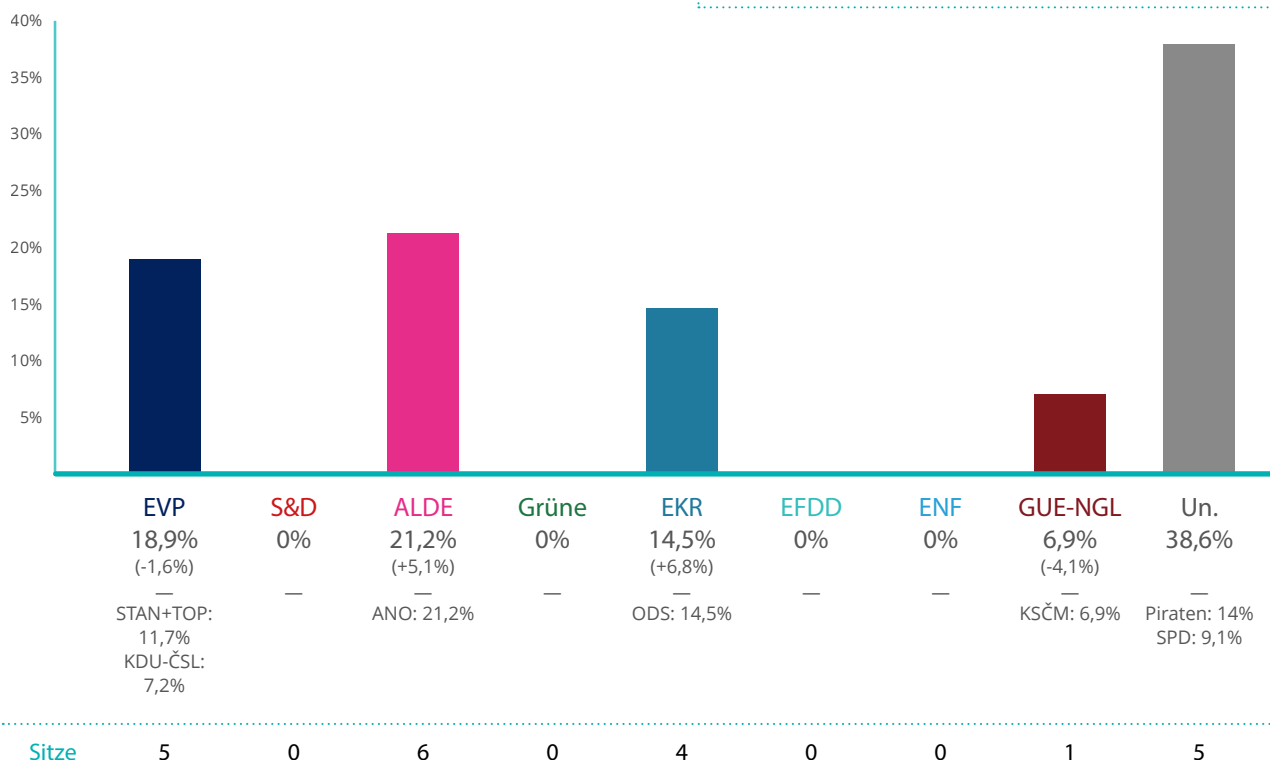


21 Sitze

Sperrklausel: 5%



29%



Stärkste Partei

Die politische Bewegung ANO des Milliardärs Andrej Babiš ist ALDE-Mitglied, seit 2013 im tschechischen Parlament und derzeit Regierungsmitglied. Sie gilt aber als pragmatisch und unideologisch. Oft wird sie als populistisch bezeichnet und präsentiert sich als Gegenentwurf zu traditionellen Parteien. Das Motto der EU-Kampagne lautete: „Wir werden Tschechien schützen. Hart und kompromisslos.“



Erwähnenswerte Partei

Die Piraten in Tschechien sind sozial-liberal, pro-europäisch und für die partizipative Demokratie. Die Partei wurde 2009 gegründet und ist im tschechischen Parlament derzeit in der Opposition.

Sie stehen für Freiheit, Offenheit und Transparenz (mit besonderem Fokus auf der digitalen Welt). Ihr Kampagnenmotto lautete: „Europa braucht Piraten“.

Spitzenkandidaten



Dita Charanzova
ANO



Jan Zahradil
ODS



Marcel Kolaja
Piraten



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die gute wirtschaftliche Entwicklung half dem ANO-Vorsitzenden und Premierminister Andrej Babiš sich als erfolgreicher und effizienter Staatsmanager zu präsentieren. Gleichzeitig ermöglichte es der Babiš-Regierung, zahlreiche Wohltaten an Wählergruppen zu verteilen, vor allem an Senioren (Rentenerhöhung, kostenfreies Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln).

Die Parlamentswahlen 2017 haben das Parteienspektrum mit insgesamt 9 Parteien weiter zersplittert, was es für die Oppositionsparteien besonders schwierig macht, sichtbar und schlagkräftig zu sein.

Kurz vor der Europawahl kam es, als Medienberichte über eine mögliche Anklage von Babiš kursierten, zu einem kontroversen Wechsel im Amt des Justizministers. Zehntausende Menschen demonstrierten aus Sorge um die Unabhängigkeit der Justiz.



Presse- Reaktionen

Lidové noviny (Lidovky.cz): Anscheinend die größte Lehre ist für die Opposition: Falls die Parteien zersplittert bleiben, wird es schwer, ANO zu schlagen.

Hospodářské noviny (Ihned.cz): Die Bewegung ANO hat gewonnen, die Wahlumfragen haben jedoch mehr vorhergesagt. Größte Überraschung ist der Verfall der ČSSD, die Partei schaffte es nicht ins Parlament.

MF Dnes (Idnes.cz): In den kommenden Jahren werden Piraten und ODS um die Position des Herausforderers von Babiš kämpfen.

KAS-Analyse

Die Beziehung der Tschechen zur EU normalisiert sich nach der Flüchtlingskrise wieder. Nach dem Tiefpunkt der Wahlbeteiligung in 2014 ging es wieder zurück auf das Niveau von 2009 und 2004. Die Einstellung der Tschechen zur EU dreht sich von einer kritischen zu einer halbherzigen Wahrnehmung. Die tschechischen Parteien werden im Europaparlament mehrheitlich für eine Reform der EU und die Stärkung des zwischenstaatlichen Prinzips eintreten.

Das Wahlergebnis ist ein Warnzeichen für die Regierungsparteien ANO und CSSD (Sozialdemokraten), die gegenüber den Parlamentswahlen 2017 deutlich an Prozenten verloren haben. In den letzten Wochen gingen zehntausende Tschechen auf die Straßen und brachten damit ihren Befürchtungen um die Unabhängigkeit der Justiz zum Ausdruck.

Die EVP-Parteien TOP 09 (gemeinsam mit STAN) und die Christdemokraten (KDU-ČSL) verlieren rund 7 Prozent (2 Sitze), was vor allem dem Anstieg der Piratenpartei zuzurechnen ist. Bei einer gemeinsamen Kandidatur wären sie jedoch mit fast 19 Prozent die zweitstärkste Kraft. Luděk Niedermeier (TOP 09) bekam die meisten Präferenzstimmen in Tschechien.



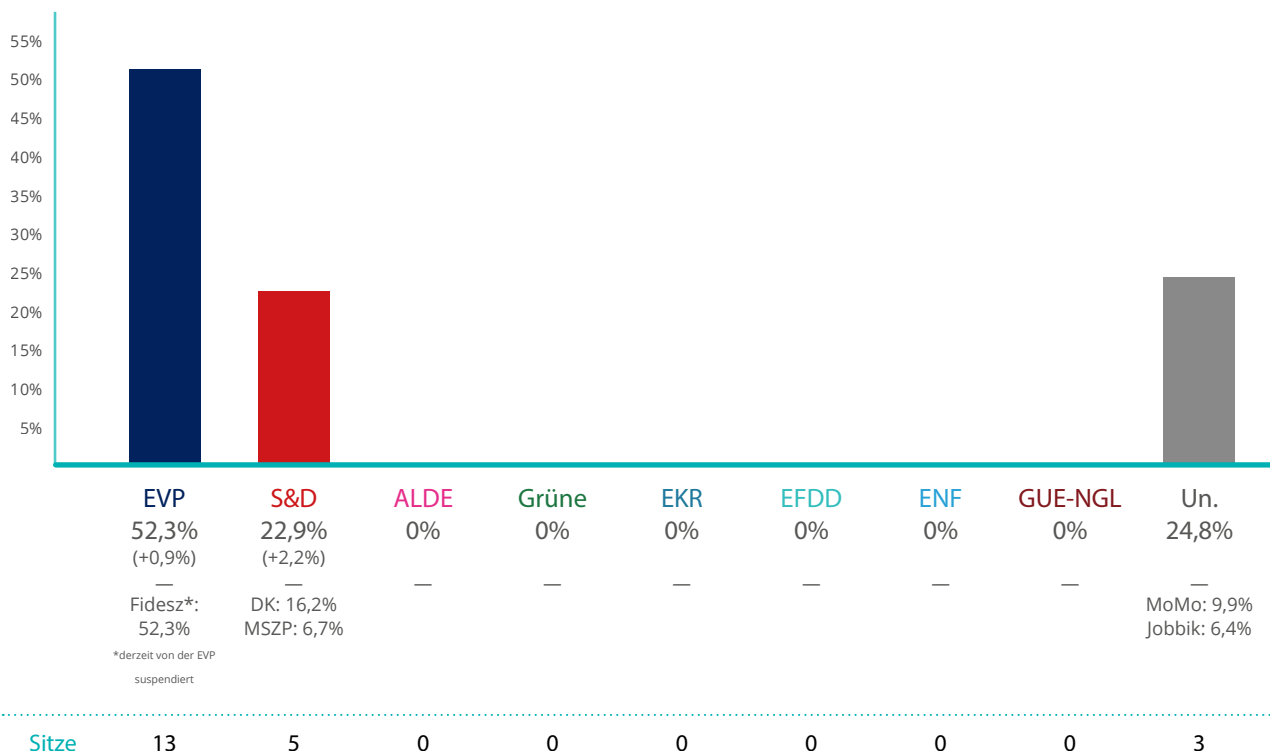
Ungarn



21 Sitze
Sperrklausel: 5%



43%



Sitze 13 5 0 0 0 0 0 0 0 3



Stärkste Partei

Das Profil von Fidesz/KDNP zeichnet sich durch die Bewahrung christlicher Werte, die Stärkung der Familien, Schutz vor Einwanderung und unorthodoxe, marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik aus. Fidesz und KDNP sind Regierungsparteien und treten als Listenverbindung an. Fidesz wurde 1988 als antikommunistischer liberaler Jugendverband gegründet und entwickelt sich später zum Konservativismus.



Erwähnenswerte Partei

Jobbik, der größte Fidesz Opponent, ist eine rechtsextreme Partei, die die Bewahrung der Nation propagiert. Sie stand zunächst für anti-semitische, -ziganistische und -europäische Politik. Außerdem für die Förderung paramilitärischer Garden. Ab 2013 wendete sie sich zur politischen Mitte. Es folgten aber Verluste von Stammwählern und eine Parteispaltung. Zuletzt gab es eine Annäherung an die Grünen.

Spitzenkandidaten



László Trócsányi
Fidesz/KDNP



Klara Dobrev
DK



Márton Gyöngyösi
Jobbik



Wahlentscheidende Entwicklungen

Der Sargentini-Bericht im EP vergrößerte die Distanz zwischen der Regierungspartei Fidesz und der EVP signifikant, besonders die Unterstützung des Berichts durch weite Teile der EVP und der CDU sorgte in Ungarn für Irritationen. Der Konflikt hat Fidesz hinsichtlich des Wählerverhaltens nicht geschadet. Zur Suspendierung von Fidesz in der EVP kam es im März.

Nach Plakaten der ungarischen Regierung gegen Juncker eskaliert der Konflikt. Nach Meinung der Regierung will „Brüssel“ die Staaten Europas zu Einwanderungsländern machen, wogegen sich Ungarn auflehne. In der Wahl sieht Fidesz eine wichtige Weichenstellung, ob in Europa die migrationsfreundlichen oder -kritischen Kräfte die Oberhand gewinnen werden. Die Einwanderung spielte weiterhin die Schlüsselfrage für die Entscheidung der ungarischen Wähler, die dies mit der Souveränität des Landes verknüpfen.



Presse- Reaktionen

Magyar Nemzet (konservativ): „Fidesz ist in der Kommunikation und in der Weltanschauung so sehr ungarisch und europäisch wie gerade begrüßenswert, sie vertritt in den Schicksalsfragen unseres Kontinents und unserer Zeit den normalen, lebensnahen Standpunkt des Durchschnittsbürgers.“

Népszava (linksliberal): „Ungarns Platz in dieser Gemeinschaft ist unsicher, weil Orbáns autoritärer Staat keinen Platz im Europa der Demokraten hat.“

Magyar Hírlap (konservativ): „Starke Legitimation für Orbán“

KAS-Analyse

Das Wahlergebnis ist Ausweis einer starken Verankerung in der EU und der Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung zur europäischen Integration.

Die Politik der Regierungsparteien Fidesz-KDNP wurde eindeutig bestätigt, die Opposition strukturiert sich neu. Die bisher dominanten Parteien Jobbik, MSZP und LMP werden deklariert, wohingegen die neueren Parteien DK und Momentum sich mit 16% und 10% als überzeugende Alternative darstellen können. Die Ergebnisse der Opposition zeigen aber auch, dass sie keine neuen Wähler hinzugewinnen kann, der Stimmenanteil stagniert bei 47%. DK erreichte 2018 mit 5,38% gerade den Einzug in das Parlament, während Momentum dort mit 3,06% nicht vertreten ist. Die Oppositionsführerschaft kann nun mit Recht von DK reklamiert werden.

Die beiden EVP-Parteien Fidesz und KDNP sind mit einer Listenverbindung angetreten und erzielen in absoluten Zahlen mit 1.795.003 Stimmen ihr bisher bestes Ergebnis. Das Wahlergebnis von 52,33% ist europaweit das zweitbeste. Fidesz-KDNP stellt mit den 13 Abgeordneten in der EVP-Fraktion die stärkste Gruppierung nach der CDU/CSU und PO dar. Sie vertritt damit 7,22% der. Fraktionsangehörigen (bisher: 5,43%).



Vereinigtes Königreich

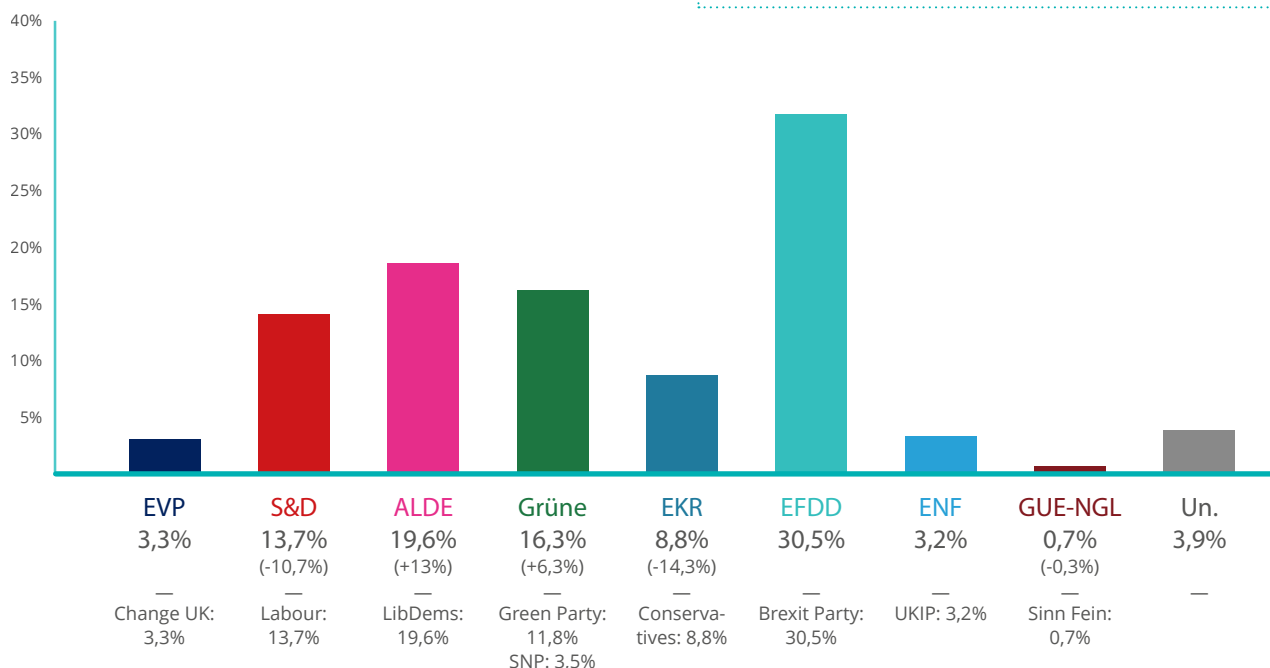


73 Sitze

Sperrklausel: keine



37%



Sitze 0 10 16 11 4 29 0 1 2



Stärkste Partei

Ein-Themen-Partei, pro-Brexit, in Teilen rechtspopulistisch. Sie ist nicht im nationalen Parlament vertreten und wurde im Januar von Nigel Farage und Catherine Blaiklock gegründet.

Die Brexit Party ging aus ehemaligen Mitgliedern der UKIP hervor, nachdem sich dort zunehmend rechtsextreme Tendenzen abzeichneten.



Erwähnenswerte Partei

Die konservative Partei (Konservatismus, Wirtschaftsliberalismus, EU-Skepsis) stellt die Premierministerin in einer Minderheitsregierung und war am häufigsten an Regierungen beteiligt, meist mit absoluter Mehrheit.

Premierministerin May hatte in ihrer Partei zuletzt nur noch wenige Unterstützer. Die politischen Schwergewichte bereiteten sich bereits auf einen Führungskampf vor. Tatsächlich trat May unmittelbar nach der Wahl zurück.

Spitzenkandidaten

Im Vereinigten Königreich gab es keine Spitzenkandidaten.



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Teilnahme an den Europawahlen schien zunächst ausgeschlossen, nachdem Premierministerin Theresa May mehrmals unterstrich, nicht an den Wahlen teilnehmen zu wollen. Nachdem drei Versuche der Premierministerin das EU-Austrittsabkommen durch das Parlament zu bringen scheiterten, befindet sich das Land momentan in einer politischen Blockade in Sachen Brexit. Die Wähler strafen beide großen Parteien (Labour und Tories) ab, wie zuletzt bei den Kommunalwahlen zu beobachten war.

Zuletzt suchten Tories und Labour in parteiübergreifenden Gesprächen nach einem Brexit-Kompromiss. Die Gespräche scheiterten jedoch rund eine Woche vor der Wahl. Die damit verbundenen gegenseitigen Schuldzuweisungen verstärkten den Unmut der Wähler. May kündigte zugleich an, das Austrittsabkommen im Juni erneut zur Wahl zu stellen.



Presse- Reaktionen

„Was bei dieser Wahl starb, war jede realistische Idee einer schweigenden Mehrheit, die nur einen weichen Brexit will [...]. An ihre Stelle traten nun No-Dealer und Hardcore-Remainer.“
- The Guardian, linksliberale Tageszeitung

„Nahezu nichts kann aus dieser Wahl über Veränderungen in der britischen Politik abgeleitet werden [...], denn niemand wählte jemanden, der tatsächlich Einfluss erlangen würde [...]“ - The Daily Telegraph, konservativ, EU-skeptisch:

KAS-Analyse

Die Europawahl hat entgegen viel zu optimistischer Erwartungen auf dem Kontinent keine Neuerungen der politischen Grundkonstellation offenbart. Gut die Hälfte der Bevölkerung sind mit Brexit Party, Tories und UKIP dem Brexit-Lager zuzuordnen. Die andere Hälfte verteilt sich auf EU-freundliche Kräfte, wenngleich die Labour Party nicht in Gänze als proeuropäische Partei aufgestellt ist. Die Wahl, die von den meisten stellvertretend für ein zweites EU-Referendum interpretiert wurde, manifestiert die über fast alle Parteilinien laufende Spaltung der Gesellschaft in Befürworter und Gegner der EU.

Theresa Mays Machtverlust seit Beginn der Woche hat die Konservativen weiter ausbluten lassen. Selbst gemäßigte Brexiteers ließen sich in ihrem Fatalismus und Unmut von der charismatischen Gestalt Nigel Farages einfangen, der einen harten Brexit bewirbt. Auf Seiten der EU-Befürworter stechen die Liberal Democrats heraus, die klar das Ziel haben, den Brexit zu stoppen.

Die Europäische Union wird noch lange mit der Spaltung des kränkelnden Königreichs beschäftigt sein. Nach dem Rücktritt Mays bereiten sich die Tories auf einen Machtkampf vor, der der Kompromissfindung nicht förderlich ist.



Zypern

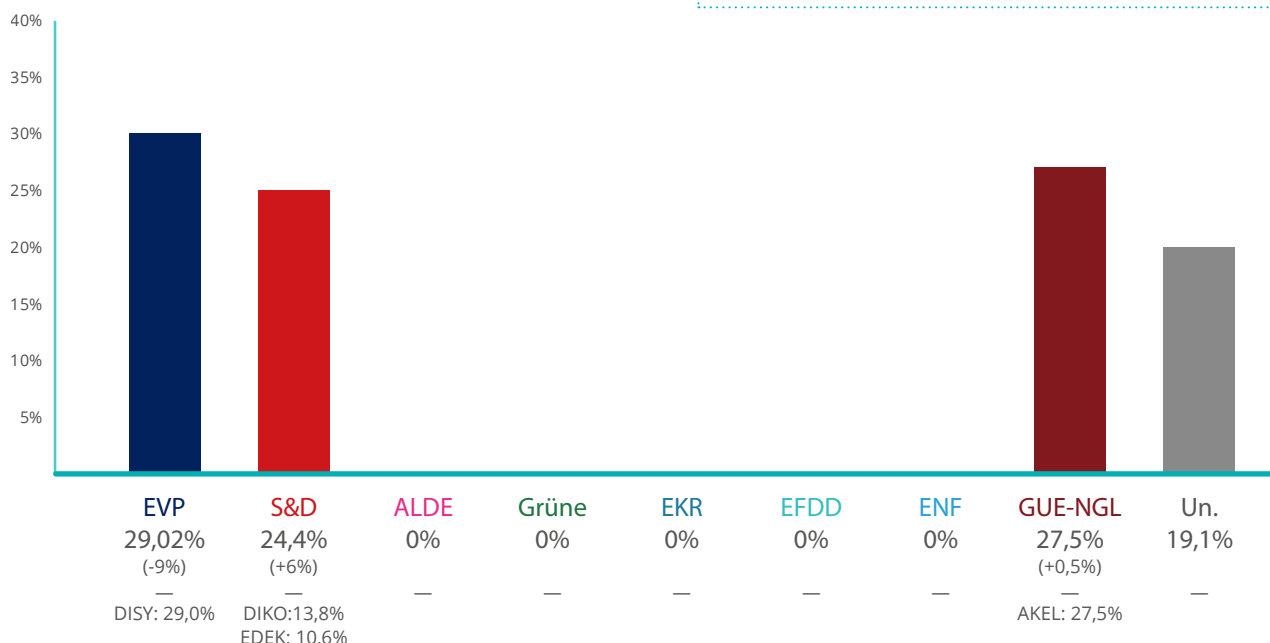


6 Sitze

Sperrklausel: 1,8%



45%



Sitze 2 2 0 0 0 0 0 2 0



Stärkste Partei

Die christdemokratisch konservative DISY Partei wurde 1976 gegründet. Sie ist erste Kraft im nationalen Parlament und der Präsident der Republik Zypern gehört ihr an. Die Partei unterstützte den Annan-Plan zur Lösung der Zypernfrage. Im Europaparlament ist sie Teil der EVP Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

AKEL ist eine linke, ursprünglich kommunistische Partei der Republik Zypern, die es seit 1926 gibt. Sie war gegen den EU-Beitritt der Republik Zypern und hatte Bedenken gegenüber der Einführung des Euro. Von 2008 bis 2013 stellte die Partei den Staatspräsidenten. Im Europaparlament gehört sie der Fraktion GUE/ NGL an.

Spitzenkandidaten



Lefteris Christoforou
DISY



Niyazi Kızılyürek
AKEL



Costas Mavrides
DIKO



Wahlentscheidende Entwicklungen

Das wichtigste Thema in der Politik Zyperns ist der Gasstreit mit der Türkei, die seit 1974 den nördlichen Teil der Insel militärisch besetzt. Der Streit betrifft die Gasfunde in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Republik Zypern, die von der Türkei nicht anerkannt ist. Die Absicht der türkischen Regierung in der Region Erdgasexplorationen durchzuführen, hat zu großen Spannungen geführt. Alle Parteien sowie die EU, verurteilen das Vorgehen der Türkei.

Positiv wird die Kandidatur eines türkischen Zypriers für die zweitgrößte AKEL interpretiert und als wichtiges Zeichen auf den Weg zur Wiedervereinigung gesehen.

Daneben spielt die Wirtschaft eine wichtige Rolle, die von der DISY mithilfe weitreichender aber unpopulärer Reformen wieder auf Wachstumskurs gebracht wurde.



Presse- Reaktionen

Sechs von zehn Wählern haben den Europawahlen den Rücken gekehrt.

Türkisch-zyprische Wähler gaben Stimmen an AKEL und haben die Wahl von Niyazi Kızılyürek ermöglicht wählen

“Haravgi”, Titel: “AKEL hat ein neues Kapitel für Zypern aufgeschlagen” (Einordnung: links, kommunistisch)

Die gestrige Europawahl gab eine Botschaft der Einheit und der Hoffnung für die Zukunft unseres Landes.

KAS-Analyse

Die große Mehrheit der Zyprioten ist klar proeuropäisch. Jedoch stellen die niedrige Wahlbeteiligung und die Verluste für die konservative Regierungspartei unter Beweis, dass die Wähler wenig Neues erwarten: Solange der Zypernkonflikt alle Bereiche des öffentlichen Lebens überschattet und ungelöst bleibt, bleibt das Potential der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes begrenzt. Deshalb wird mit der Wahl der türkisch-zyprischen AKEL-Kandidaten Kızılyürek viel Hoffnung verbunden, dass wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen kommt und vielleicht ein kleiner Hoffnungsschimmer auf eine Lösung von Südeuropas längstem Konflikt besteht.

Anmerkungen



Ranking der Höhe der Wahlbeteiligung der Europäischen Mitgliedsstaaten

- | | |
|-----------------------|--------------------------|
| 1. Belgien 88 % ! | 15. Polen 46 % |
| 2. Luxemburg 84 % ! | 16. Zypern 45 % ! |
| 3. Malta 73 % | 17. Ungarn 43 % |
| 4. Dänemark 66 % | 18. Niederlande 42 % |
| 5. Spanien 64 % | 19. Finnland 41 % |
| 6. Deutschland 61 % | 20. Estland 38 % |
| 7. Österreich 60 % | 21. Ver. Königreich 37 % |
| 8. Griechenland 59% ! | 22. Lettland 34 % |
| 9. Schweden 55 % | 23. Portugal 31 % |
| 10. Italien 55 % | 24. Bulgarien 31 % ! |
| 11. Litauen 53 % | 25. Kroatien 30 % |
| 12. Rumänien 51 % | 26. Tschechien 29 % |
| 13. Frankreich 50 % | 27. Slowenien 28 % |
| 14. Irland 50 % | 28. Slowakei 23 % |

! Länder mit Wahlpflicht



Die Darstellung der Fraktionen im Europäischen Parlament und die Zuordnung der nationalen Parteien entspricht dem Stand der Legislaturperiode 2014 – 19. Soweit möglich wurde versucht, prozentuale Änderungen bei den einzelnen Fraktionen wiederzugeben.

Die Anzahl der Sitze pro Mitgliedstaat bezieht sich auf den Zeitpunkt des Wahltags und wird sich beim Austritt des Vereinigten Königreichs ändern.

Bildquellen

Bulgarien

Bild „Maria Gabriel“
http://www.gerb.bg/bg/team/mariya_gabriel-1614.html

Bild „Elena Jontschewa“
https://bsp.bg/news/view/16328-elena_yoncheva_i_kandidati_ot_bsp_zabylgariya_podkrepiha_in_tsiativata_zastanete_zad_pochtenostta_.html

Bild „Mustafa Karadaja“
<https://www.dps.bg/%D0%B5%D0%B2%D1%80%D0%BE%D0%BF%D0%B5%D0%B9%D1%81%D0%BA%D0%B8-%D0%B8%D0%B7%D0%B1%D0%BE%D1%80%D0%B8/%D0%BA%D0%B0%D0%BD%D0%B4%D0%B8%D0%B4%D0%B0%D1%82%D0%B8/2851-1-%D0%BC%D1%83%D1%81%D1%82%D0%B0%D1%84%D0%B0-%D0%BA%D0%B0%D1%80%D0%B0%D0%B4%D0%B0%D0%B9%D1%8A.html>

Dänemark

Bild „Morten Lokkegaard“
<http://www.europarl.europa.eu/denmark/da/danske-mep-ere/morten-l%C3%B8kkegaard-v>

Bild „Jeppe Koford“
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jeppe_Kofod_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jeppe_Kofod_(cropped).jpg)

Bild „Pernille Weiss“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pernille_Weiss.jpg

Deutschland

Bild „Manfred Weber“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-04-20_Manfred_Weber_797.JPG

Bild „Katarina Barley“
<https://www.spd.de/partei/personen/dr-katarina-barley/>

Bild „Ska Keller“
<https://www.skakeller.de/service/pressebilder.html>

Estland

Bild „Andrus Ansip“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_Andrus_Ansip.jpg

Bild „Marina Kaljurand“
https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Marina_Kaljurand_in_2011#/media/File:Marina_Kaljurand_2011.jpg

Bild „Riho Terras“
<https://www.strategiaworldwide.com/our-people/riho-terras/>

Finnland

Bild „Sirpa Pietikäinen“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sirpa_Pietik%C3%A4inen_Finland-MIP-Europaparlament-by-Leila-Paul-4.jpg

Bild „Ville Niinistö“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ville_Niinist%C3%B6_Sanomatalo_Mediatorilla_2015_02.jpg

Bild „Eero Heinäluoma“
[https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Eero_Hein%C3%A4luoma#/media/File:Eero_Hein%C3%A4luoma_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Eero_Hein%C3%A4luoma#/media/File:Eero_Hein%C3%A4luoma_(cropped).jpg)

Frankreich

Bild „Jordan Bardella“
Jordan-Bardella-02-CC-BY-NC-20
<https://www.jordan-bardella.fr/>

Italien

Bild „Matteo Salvini“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a5/Matteo_Salvini_Viminale_crop.jpg

Bild „Luigi Di Maio“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/78/Di_Maio_2018.jpg

Bild „Nicola Zingaretti“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/71/Nicola_Zingaretti_-_Festa_Unit%C3%A0_Roma_2012.JPG

Lettland

Bild „Valdis Dombrovskis“
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Balticfreedom_1c558_6386.Valdis_Dombrovskis.jpg

Bild „Nils Ušakovs“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nils_U%C5%A1akovs_2012-03-22.jpg

Bild „Roberts Zile“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roberts_Z%C4%ABle_2010-03-31.jpg

Litauen

Bild „Liudas Mazylis“
„Auftrag der Vaterlandsunion-Litauische Christdemokraten (TS-LKD) für die EP-Wahlen 2019.“

Bild „Tomas Tobé“
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tob%C3%A9Tomas.jpg>

Bild „Sara Skyttedal“
[https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Sara_Skyttedal#/media/File:Sara_Skyttedal_\(KD\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Sara_Skyttedal#/media/File:Sara_Skyttedal_(KD).jpg)

Malta

Bild „Joseph Muscat“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fa/Joseph_Muscat.jpg

Bild „Adrian Delia“
https://de.wikipedia.org/wiki/Adrian_Delia#/media/File:Adrian_Delia.jpg

Polen

Bild „Jerzy Buzek“
<http://www.buzek.pl/index.php/media-art/dla-mediow>

Bild „Szydło Beata“
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Premier_RP_Beata_Szyd%C5%82o_w_Parlamentcie_UE.jpg

Bild „Robert Biedroń“
<https://wiosnabiedronia.pl/>

Bild „Vilija Blinkevičiute“
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=File%3AVilija+Blinkevi%C4%8D%C5%ABt%C4%97&title=Special%3ASearch&go=Go&ns0=1&ns6=1&ns12=1&ns14=1&ns100=1&ns106=1#/media/File:Vilija_Blinkev%C4%8D%C5%ABt%C4%97.jpg

Bild „Bronis Rope“
https://multimedia.europarl.europa.eu/de/bronis-rope-8th-parliamentary-term_20140612_ROPE_Bronis_LT-7_014_p#ssh

Portugal

Bild „Pedro Marques“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/pt/e/eb/Retrato_oficial_Pedro_Marques.jpg

Bild „Paulo Rangel“
[https://en.wikipedia.org/wiki/Paulo_Rangel#/media/File:MERCOSUL_-_Representa%C3%A7%C3%A3o_Brasileira_no_Parlamento_do_Mercosul_\(22371092998\)_cropped.jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/Paulo_Rangel#/media/File:MERCOSUL_-_Representa%C3%A7%C3%A3o_Brasileira_no_Parlamento_do_Mercosul_(22371092998)_cropped.jpg)

Bild „Marisa Matias“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/f3/Marisa_Matias_2014.jpg

Schweden

Bild „Helene Fritzon“
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Informal_meeting_of_the_Justice_and_Home_Affairs_Council_\(Home_Affairs\)_Roundtable_\(25016587907\)_cropped.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Informal_meeting_of_the_Justice_and_Home_Affairs_Council_(Home_Affairs)_Roundtable_(25016587907)_cropped.jpg)

Spanien

Bild „Dolors Montserrat“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/ad/Dolors_Montserrat_en_un_acto_de_apoyo_al_Pacto_de_Estado_contra_la_Violencia_de_G%C3%A9nero_-_36246750946.jpg

Bild „Josep Borrell“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b6/181018_Borrell_Spanje_bij_Blok_6498_%2830468709687%29_%28cropped%29.jpg

Bild „María Eugenia Rodríguez Palop“
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e0/Mar%C3%ADA_Eugenia_Rodr%C3%ADguez_Palop._Contra_el_patriarcado%2C_contra_el_fascismo._CLACSO2018.jpg



Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung bedankt sich herzlich bei allen mitwirkenden Auslandsbüros für die gute Zusammenarbeit.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter des Europabüros Brüssel
www.kas.de/bruessel

eukas.bruessel@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)